

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 11 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Sonntag Montag, 14. 15. Jan. 1934 Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Komplott in Oesterreich

Um Europas Schicksal

Seite 2

Naziführer-Emigrant spricht

Seite 3

Rohmaterial für Rüstungen

Seite 5

Der saarländische Kotsch
Wessel

Seite 8

Geheimnis um Lubbes Leichnam

Die Reichsregierung weigert sich, die Leiche nach Holland herauszugeben

Paris, 13. Januar 1934.

Davas meldet:

Die Verwaltung des Leichenbestattungsinstituts, die mit der Ueberführung der Leiche von der Lubbes nach Holland beantragt worden ist, hat folgende Depesche vom Reichsgericht erhalten:

„Die Leiche von der Lubbes kann bis zum 13. mittags auf dem Anatomischen Institut in Leipzig abgeholt werden, um ohne Zeremonien in Leipzig bestattet zu werden. Die Ueberführung der Leiche nach Venden wird nicht gestattet.“

Man weiß nicht, ob die holländische Regierung in dieser Angelegenheit in Berlin Schritte unternehmen wird.

D. F. Dieser Bescheid des Reichsgerichts kann bei dem hochpolitischen Charakter der Angelegenheit nicht ohne Wissen der Reichsregierung erfolgt sein. Da die holländische Regierung in einem amtlichen Schritt der deutschen Regierung die Begnadigung von der Lubbes nahegelegt hatte, war die Frage seiner Hinrichtung — einer Angelegenheit der holländisch-deutschen Beziehungen geworden. Das Reichsgericht wird die neue Provokation der öffentlichen Meinung in Holland, die in der Verweigerung der Ueberführung des Leichnams in die Heimat von der Lubbes liegt, nicht ohne Rücksicht bei der Reichsregierung gewagt haben.

Das große Geheimnis um von der Lubbes, das die Untersuchung und den Prozeß beherrschte, hat sich in den Wochen nach dem Urteil bis zur Hinrichtung fortgesetzt. Geheimnisvoll wurden alle Vorbereitungen getroffen. Geheimnisvoll wurde der holländische Schritt zur Rettung des Lebens von der Lubbes behandelt. Geheimnisvoll blieb die Entscheidung des Reichspräsidenten über Leben und Tod des Herzogtraten. Geheimnisvoll war die Umwandlung des Todes durch den Galgen in den Tod auf dem Schafott. Geheimnisvoll die Schnelligkeit, mit der zur Hinrichtung getrieben wurde, und geheimnisvoll soll nun der Leichnam von der Lubbes in Leipzig der Erde übergeben werden.

Oder ist das Geheimnis gar nicht so groß? Uns scheint, daß gerade diese Geheimnistuerei eine neue schwere Belastung für die wirklichen Verantwortlichen, für die deutschen Regierungsorgane und für das Reichsgericht ist.

Man muß sich erinnern: In der Kriminalgeschichte gibt es keinen zweiten Angeklagten wie diesen von der Lubbes. Nach den Behauptungen der Anklage muß er am Tage des Reichstagsbrandes von einer bewundernswerten Vitalität gewesen sein. Nach tagelangem Herumirren, nach vielen Strapaziden, nach großen Mühsal bei schlechter Ernährung, soll er am späten Abend die Fassade des Reichstages ersteigen und innerhalb 15–20 Minuten mit größter Willensanstrengung und Geistesgegenwart zahllose Brand-

herde gelegt haben. Er soll in der Voruntersuchung, obwohl er die deutsche Sprache nur kümmerlich beherrschte, klare Vorträge über seine kommunistische Ueberzeugung gehalten haben, und derselbe Angeklagte kam dann, geknickt und zusammengekauert, lahmen Gesichtes und verworrenen Geistes, ein Häuflein von Schwäche und Unglück, in den Gerichtssaal. Monatelang war er apathisch. Nur eine Frage interessierte ihn: Wann geht es zu Ende? Plötzlich wachte er für zwei Tage auf, redete und diskuterte, um dann wieder in sein willenloses Dämmern zu versinken.

Ein Simulant? Alle Wissenschaftler, die sich mit dem Problem beschäftigten, verneinen es. Immer wieder wurde verlangt, von der Lubbes solle durch unabhängige und ausländische Gelehrte untersucht werden. Das Reichsgericht verweigerte die Genehmigung. Es geschah aber etwas anderes. Jemandem schwedischer Schatzkammer, ein kriminalistischer Schriftsteller namens Södermann, durfte den Angeklagten „untersuchen“. Das Ergebnis wurde groß aufgemacht in die Presse gegeben. Erst allmählich stellte sich heraus, daß dieser Södermann überhaupt kein Mediziner ist. Es war also eine Täuschung der Weltöffentlichkeit versucht worden.

Von diesen Tatsachen aus muß die Frage gestellt werden, warum den holländischen Familienangehörigen die Ueberführung des Leichnams verweigert wird. Im allgemeinen wird den Familien der Hingerichteten die Bestattung dort erlaubt, wo sie es wünschen. Warum nicht in diesem Falle?

Offenbar fürchtet das Reichsgericht, daß an dem toten von der Lubbes in Holland noch die genaue ärztliche Untersuchung vorgenommen wird, die man an dem lebenden von der Lubbes verboten hat. Wir vermuten, daß es möglich wäre auch noch an dem angeschlitzten und inzwischen in der Leipziger Anatomie behandelten Leichnam, dem wahrscheinlich nun wichtige Organe fehlen, Untersuchungen vorzunehmen, die erkennen lassen, ob mit irgendwelchen Drogen der rätselhafte Zustand herbeigeführt und aufrechterhalten

worden ist, in dem sich Lubbes während des Prozesses befand.

Diese Untersuchung soll verhindert und muß nun erst recht erzwungen werden. Neben die Forderung der Freiheit für die Freigesprochenen, die unter schamloser Rechtsverletzung eingesperrt bleiben, muß nun die Forderung nach der Auslieferung des Leichnams von von der Lubbes treten. Es geht hier nicht um Familienfunktionalität, nicht um Sensation und nicht um Interessen für einen Verehrer, sondern um die Erforschung der Wahrheit.

Von der Lubbes ist der einsichtige Gründer des „dritten Reichs“. Dieser arme, stromernde, holländische Junge ist von raffinierten und verdrehten politischen Machtkreibern mißbraucht worden, um durch die Brandstiftung im Reichstagsgebäude ein Fanal für den nationalsozialistischen Terror gegen alle Sozialisten, Republikaner und Kommunisten zu entfachen.

Man hat die eigentlichen Täter entwischt lassen und nur den harmlosen Narren gefaßt. Man hat diesen kläglichen Landstreichler dann durch irgendwelche Kraxeln für den Prozeß präpariert, hat den willenlosen Gehändigen verurteilt, hat ihn schließlich legal ermordet und hat nun Jurist, daß noch der tote von der Lubbes einen Rest des großen Geheimnisses um das Verbrechen am deutschen Volke kiffen konnte.

Die amtlichen Meldungen über die Vorgänge bei Lubbes Ermordung haben verbreitet, daß er keinerlei Briefe geschrieben und abgeleitet habe, Besuche zu empfangen. Das wird von Eingeweihten bestritten. Es wird behauptet, von der Lubbes habe Briefe hinterlassen, die unterschlagen worden seien. Ferner wird behauptet, er sei gar nicht befragt worden, ob er einen Geißlichen empfangen wolle. Auch hätte es wohl nahegelegen, daß man einen Vertreter der holländischen Gesandtschaft in den letzten Stunden zu dem Angeklagten gelassen hätte, da doch die holländische Regierung sich für seine Begnadigung eingesetzt hatte. Von der Lubbes soll, wie an den meisten Prozeßtagen, willenlos und betäubt gewesen sein, als er seinen letzten „Gang“ antrat.

Man hat einen unliebsamen Zeugen des Reichstagsbrandes gewaltsam beseitigt. Es muß verhindert werden, daß nun auch noch der Leichnam verscharrt wird. Die Weltöffentlichkeit muß die Ueberführung der Leiche von der Lubbes nach Holland fordern und von der holländischen Wissenschaft verlangen, daß sie den Körper dieses rätselhaften Menschen untersucht. Die Reichsregierung fürchtet die Wahrheit. Umso energischer muß der Kampf für die Enthüllung der Verbrecherbanden geführt werden, die den Reichstag angezündet haben.

Ein Drittel aller Pfarrer gegen Müller

Kirchenspaltung kaum noch zu vermeiden

Mit der Herrlichkeit des Reichsbischofs Müller geht es rasche zu Ende. Man rechnet mit keinem Rücktritt. Von Hitler wird er nicht mehr empfangen sein. Glanz und Ruhm wird nicht mehr von ihm wissen. Ein Wechselrichter zwischen mehreren Stühlen, verlassen von denen, auf deren Bestand er noch vor kurzem rechnete.

Sein Versuch, durch eine zum Gesetz erhobene Verordnung die unbotmäßigen Pfarrer niederzuzwingen, hat den Konflikt auf die Spitze getrieben. Heute haben wir den Wortlaut der Erklärung in Händen, die am vergangenen Sonntag von zahlreichen Kanzeln gegen den Reichsbischof vertelekt wurde. Sie lautet:

„Eine Verordnung von weittragenden Folgen, die jedoch der Reichsbischof erlassen hat, nötigt uns im Blick auf die Wahrhaftigkeit und den echten Frieden in unserer Kirche zu einer Erklärung vor Gott und dieser christlichen Gemeinde.“

Seitdem die Kirchenwahlen im Sommer des vergangenen Jahres eine neue kirchliche Führung gebracht haben, herrscht in unserer Kirche Ansehen und eine immer größere Zerspaltung und Zerrissenheit. Selbst treue Glieder der Kirche fühlen sich heimatlos in ihr und geben mit dem Gedanken an, unserer Kirche den Rücken zu kehren.

Zur Zeit gibt es in der Deutschen Evangelischen Kirche kein geordnetes Geistliches Ministerium. Ein großer Teil der Führer der Deutschen Landeskirchen hat erklärt, daß auch die gegenwärtige Nationalkonferenz das Vertrauen des Kirchen-

volkes nicht besitze. So ist nur noch der Reichsbischof verfassungsmäßig zur Führung der Deutschen Evangelischen Kirche imstande. Innerhalb der Kirche hat eine große Bewegung öffentlich das Festsitzen gefordert, die unevangelische.

Ja, heidnische Glaubensmeinungen

zur Grundlage der Kirche machen will. Die biblische Grundlage und die Bekenntnisse unserer Väter, obwohl immer wieder in Worten anerkannt, drohen unter dieser äußeren und inneren Verwirrung unserer Kirche verloren zu gehen. Ein großer Teil der Führer der außerpreussischen Kirchen, ein sehr großer Teil der evangelischen Pfarrerschaft Deutschlands, eine ungezählte Menge gläubiger und treuer Kirchenmitglieder fordern mit wachsendem Ernst und Nachdruck dazu auf, Lehre, Leben und Führung der Kirche wieder den Bekenntnissen gemäß zu gestalten. An durchgreifenden Taten und Maßnahmen zur Erfüllung dieser Forderungen hat es der Reichsbischof fehlen lassen. Die Vorschläge der Landeskirchenführer, an die er für die Berufung des Geistlichen Ministeriums durch die Kirchenversammlung gebunden ist, hat er übergegangen.

In den letzten Tagen hat er zwar, wie seit Wochen, erneut die Zulage gegeben, die Ernennungen zum Geistlichen Ministerium vorzunehmen. Es schien, daß eine Lösung dieser Frage nahe bevorstände. Die Reichskirchenregierung hat am 22. Dezember geschrieben, daß eine Aussprache mit führenden Männern der Kirche stattgefunden hat, in welcher Einmütigkeit darüber herrschte, daß möglichst bald ein vollständiges

und schlagkräftiges Geistliches Ministerium hergestellt würde mit dem Ziel einer wirklichen Ueberwindung der gegenwärtigen Krise in unserer Kirche, und daß mit den von den Landeskirchenführern vorgeschlagenen Männern über ihren Eintritt in das Geistliche Ministerium

verhandelt werden würde. Trotz dieser Mitteilung wurde ein weiteres Bemühen des Reichsbischofs um die Befriedung der Kirche nicht erkennbar. Daher traten auch am 4. Januar dieses Jahres die nicht denkirchlichen Führer der Landeskirchen in Halle zusammen, um zu beraten, was zu tun sei. Der Reichsbischof ließ ihnen durch seine Berater kundgeben, daß er zwar schwerkrank, aber bereit sei, in Kürze entscheidende Beschlüsse zu treffen. Dadurch verzögerte er die Entscheidung der Landeskirchenführer, bis er ihnen gegen 11 Uhr abends ein Telegramm übersandte, in welchem er sie zum Abwarten seiner weiteren Maßnahmen veranlassen wollte und ihnen und ihren Freunden gegenüber seine innere Glaubensverbundenheit betonte. Das alles aber hat ihn nicht gebindert am gleichen Tage folgende Verordnung zu erlassen.

Mit dieser Verordnung nimmt das gegenwärtige Kirchenregiment von Amts wegen den Kampf gegen alle diejenigen auf, die eine Befriedung der Kirche nur in der Rückkehr zur biblischen Grundlage unserer Kirche erblicken und in schwerer Sorge um Wesen, Bestand und Einheit der Kirche nicht schweigen können.

Wir helfen sehr: Schrift und Bekenntnis der Kirche sind nach wie vor aufs Ernsteste bedroht. Bischöfe und Träger hoher Ämter in unserer Kirche, die im Widerstand gegen das in die Kirche eindringende Heidenium offenkundig versagt haben, Bischöfe, die von ihren Pfarrern und Kirchenmitgliedern öffentlich der Irreligiosität angeklagt worden sind, sind unverändert in ihrem Amt. Bedrohung und Bedrückung derer,

die eine Befriedung der Kirche auf der Grundlage des Bekenntnisses fordern, schreiten fort und nehmen in der verlesenen Verordnung schärfste Formen an.

Wir erheben vor Gott und dieser christlichen Gemeinde Klage und Anklage dahin, daß der Reichsbischof mit seiner Verordnung ernstlich denen Gewalt androht,

die um ihres Gewissens und der Gemeinden willen zu der gegenwärtigen Not der Kirche nicht schweigen können, und zum anderen bekanntniswidrige Befehle von neuem in Kraft setzt, die er selbst um der Befriedung der Kirche willen aufgehoben hatte.

Wir erklären, daß sein widerspruchsvolles Verhalten es uns unmöglich macht, ihm das Vertrauen entgegenzubringen, dessen er in seinem Amt bedarf. Wenn wir uns seiner Verordnung widerlegen, so handeln wir dem Augsburgischen Bekenntnis gemäß, welches in dem Artikel von der Bischöfe Gewalt folgendes ausspricht: Wo die Bischöfe etwas dem Evangelio entgegenlehren, sehen oder aufrichten, haben wir Gottes Befehl in solchem Fall, daß wir nicht sollen gehorchen sein. Man soll auch den Bischöfen, die ordentlich gewählt, nicht folgen, wo sie irren.

Wir müssen uns auch dem Reichsbischof gegenüber nach dem Wort verhalten: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.

Eine solche Sprache gegen den Bischof ist offene Rebellion. Der Pfarrer-Verband ist jetzt auf 7000 Mitglieder an-

gewachsen. In voller Opposition zu Müller stehen mit Ausnahme der altpreußischen Union und drei weiteren eben dahin gehörigen norddeutschen Kirchen sämtliche übrigen Landeskirchen, darunter alle drei süddeutschen, der ganze Süden, im ganzen über ein Drittel aller evangelischen Geistlichen und hinter ihnen die starke Mehrheit des Kirchengewisses im ganzen Reich.

Die Evangelische Kirche steht unmittelbar vor der Gefahr des Zerfalls und des Schismas. Aber nicht nur Müller ist mit Niederlage und Verabschiedung bedroht. Hier ist vielmehr der „totale Staat“ geschlagen worden — durch unerwartete Widerstände aus den Bezirken des Glaubens.

Geistige Kräfte lassen sich bei aller Unterdrückung und Verdrängung einzelner, nicht gleichalten. Der Kampf ist schon entschieden. Will die Deutsche Evangelische Kirche noch etwas retten, dann muß sie sich ganz von der Diktatur der „Deutschen Christen“ lösen und wieder werden, was sie war: eine mit Politik unvermengte Gemeinschaft des Glaubens.

Pfarrer in Schutzhaft

„Weil er seine Meinung verteidigte“

Schneidemühl, 12. Jan. Die der Regierungspräsident mitteilt, ist Pfarrer Kadtki aus Schneidemühl im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin gestern in Schutzhaft genommen worden, weil er seine freie Meinung verteidigte.

Hindenburg rührt sich

Preußen muß bleiben

Der reichsdeutschen Presse ist vor einiger Zeit ein Verbot zugegangen, über die Frage der Reichseinheit etwas zu veröffentlichen. Dieses Verbot hat, wie der in Karlsruhe erscheinende „Neue Vorwärts“ mitteilt, eine interessante Vorgeschichte.

Für den 18. Januar, den Tag der Reichsgründungsfeier, an dem auch der neue Reichstag wieder tagen soll, war eine Proklamation in Aussicht genommen, die praktisch das Ende der Länder und die volle Reichseinheit bedeutete hätte. Gegen diesen Plan erhob sich jedoch mit ungewöhnlicher Festigkeit der alte Hindenburg. Er erklärte, daß würde die Verschlagung Preußens bedeuten, und damit wolle er nicht auch noch sein Gewissen belasten.

Der verschiedene Einspruch des Reichspräsidenten zwang Hitler, das Projekt zurückzustellen. Der Presse wird Schmeicheln geboten. Sie darf natürlich auch nicht mitteilen, daß Hitler von Hindenburg die Erhebung des Reichsverministers Blomberg durch Röhm gefordert hat und damit abgefallen ist.

Die neue Spannung zwischen Hitler und Hindenburg hat u. a. auch die Folge, daß die Frage der Nachfolgerschaft Hindenburgs in engeren Kreisen wieder lebhafter besprochen wird. Dabei steht die Kandidatur des bayerischen Generals von Epp im Vordergrund. An die Stelle der „Volkswahl“ soll die Wahl durch den Reichstag treten.

Chautemps siegt

Abschluß der Stavisky-Debatte

Paris, 12. Jan. Ministerpräsident Chautemps stellte gegen den Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Fall Stavisky in der Kammer die Vertrauensfrage und blieb mit 380 gegen 229 Stimmen siegreich.

Das Paris, 13. Jan. Zum Abschluß der Interpellationsansprache über den Stavisky-Skandal schreibt der „Matin“: Wir haben keine neuen Tatsachen erfahren, keinen Fingerzeig erhalten und keine neuen Namen gehört. Auf Grund einer stillschweigenden Vereinbarung scheinen die Redner aller Richtungen sich in Allgemeinheiten bewegt und auf ein rein politisches Hin und Her beschränkt zu haben. Damit war der Ausgang der Aussprache gesichert. Chautemps hat sein Vertrauensvotum erhalten. Die Angelegenheit Stavisky wird von der politischen Ebene befreit und auf juristisches und verwaltungstechnisches Gebiet hinübergeleitet.

Die radikalsozialistische und linksstehende Presse betont, daß das Vertrauensvotum der Regierung auch die Verpflichtung auferlegt, jetzt energisch durchzugreifen. Die Angelegenheit dürfe nicht vertuscht werden. Die Oppositionsblätter sind der gleichen Auffassung. Sie bedauern den Ausgang der Aussprache, weil sie mit dem Sturz der Regierung gerechnet hatten, und sind besonders unwillig darüber, daß die Sozialisten für die Regierung stimmten. Sie wollen darin ein Anzeichen für die Wiederkehr des Kartells der Ruten erblicken.

Komplot in Oesterreich

Heimwehrführer konspirierte mit Nazis

Von amtlicher Seite wird in den Abendstunden mitgeteilt, daß die Verhaftung der nationalsozialistischen Führer Frauenfeld und Schattenfroh wegen offenkundiger Fortsetzung der Arbeit für die verbotene nationalsozialistische Partei erfolgt sei. Erhebungen gegen die beiden Verhafteten wurden eingeleitet.

Wien, 13. Jan. Die Führung der Heimwehr hat der Presse mitgeteilt, daß der Landesführer des niederösterreichischen Heimatschutzes Graf Alberti in Gesellschaft Frauenfelds und anderer nationalsozialistischer Personen angetroffen wurde. Alberti habe darauf seine Landesführerstelle niedergelegt. Bundesführer Starhemberg habe sofort eine Untersuchung angeordnet.

Offenbar ist Alberti anlässlich der Verhaftung Frauenfelds in dessen Wohnung bei einer geheimen Zusammenkunft überfallen worden. Diese Tatsache ist symptomatisch dafür, daß es den Nationalsozialisten in Oesterreich bereits gelungen ist, bis weit in früher agnerische Kreise einzudringen. Es ist bezeichnend, daß dieses Komplot ausgerechnet am dem Tage angelegt wird, an dem der Heimwehrführer Henz zum schärfsten Kampf gegen die Nationalsozialisten aufruft.

Es mehren sich die Gerüchte, daß an eine Auflösung sämtlicher Parteien in Oesterreich zu Gunsten einer „Konzentrierung in der Vaterländischen Front“ gedacht werde, während man auch dem schwierigen Problem einer Auflösung der Sozialdemokratischen Partei auf den Leib zu rücken hofft.

Der Bollerkrieg

Innsbruck, 13. Jan. Wie amtlich gemeldet wird, sind am Mittwoch in mehreren Orten Tirols Papierböller zur Explosion gebracht worden. Dadurch ist in einigen Fällen größerer Sachschaden entstanden. Der Sicherheitsdirektor für das Bundesland Tirol hat die Einlieferung von mehreren Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Bollerdorf angeordnet. Unter den Konzentrierten befinden sich fünf Rechtsanwälte.

Schlachtfeld der Arbeit

Kesselexplosion in einer Lodzer Gummifabrik

Warschau, 13. Jan. In der Gummifabrik „Gentleman“ in Lodz wurden durch eine Kesselexplosion drei Arbeiter getötet und acht z. T. schwer verletzt. Der Kesselraum wurde vollständig zerstört. Der Deckel des Kessels durchschlug das Dach und stürzte auf den Fabrikhof.

Sittlichkeitsverbrecher werden entmannt

Urteile in Dessau

Dessau, 9. Jan. Auf Grund des neuen Reichsgesetzes, das unter den Sicherungsmaßnahmen gegen gefährliche Verbrecher auch die Entmannung vorschreibt, sind am Dienstag in Anhalt die ersten Urteile ergangen. Die Erste Große Strafkammer des Landgerichts Dessau ordnete die Entmannung des Dillsauferbers Friedrich R. aus Neundorf und des Arbeiters Bruno K. aus Dessau an. R. hatte sich an zahlreichen Schulfestungen vergangen. K. der wegen Notzuchtverbrechen schon mit 8 Jahren Zuchthaus verurteilt war, hatte in den Anlagen der Stadt Dessau eine 15jährige Frau zu vergewaltigen versucht. Für ihre letzten Straftaten erhielten die beiden Sittlichkeitsverbrecher 3 bzw. 5 Jahre Zuchthaus neben den üblichen Ehrenstrafen.

Um Europas Schicksal

Französischer Senat und englischer Abrüstungsausschuss

Paris, 12. Jan. Im Senat gab es heute eine außenpolitische Debatte. U. a. tadelte der Senator Lemaire, der in der Beurteilung der deutsch-französischen Frage als Spezialist gilt, die Wendung, die die deutsch-französische Abrüstungspolitik in der letzten Zeit genommen habe. Paul-Boncour habe dem Lande versprochen, sich auf keinerlei unmittelbare Verhandlungen mit Deutschland einzulassen, und habe immer gesagt, daß solche Verhandlungen in Gegenwart der andern Mächte und in voller Öffentlichkeit geführt werden müßten. Nun sei eine solche direkte Aussprache im vollen Gange. Diese französische Außenpolitik habe dahin geführt, daß sich heute die Abrüstungsfrage in der Weise stelle, in welchem Maße man Deutschland eine Wiederaufrüstung erlauben und Frankreich zu einer Abrüstung zwingen solle, um die Gleichheit herzustellen.

Keine deutsche Aufrüstung?

Der angebliche englische Standpunkt

London, 13. Jan. Die liberale Wochenzeitschrift „Spectator“ veröffentlicht folgenden Bericht über die Sitzung des interministeriellen Abrüstungsausschusses.

„Nach sicheren Informationen ist der Abrüstungsausschuss des Kabinetts in seiner Sitzung am Mittwoch auf dem Wege ganz bestimmter Schlussfolgerungen weitergegangen als bei irgendeiner früheren Besprechung.“

Im Abrüstungsausschuss war man der Meinung, daß die deutsch-französischen Verhandlungen augenblicklich günstig lägen, und daß ihre Weiterführung von Vorteil sein könnte; es wurde aber auch einstimmig anerkannt, daß die Verschuldigung, Deutschland rüste auf, durchaus begründet sei.

Weiterhin wurde beschlossen, daß weder die letzten deutschen Vorschläge, noch irgend ein anderer Vorschlag auf Vermehrung der deutschen Rüstungen annehmbar seien; daß die britische Politik klar und deutlich sich für Abrüstung im Rahmen des Völkerbundes einsetzen müsse; daß die neuesten französischen Vorschläge in ihren wichtigsten Punkten so gestaltet sind, daß sie von Großbritannien unterstützt werden müssen; und daß im Falle eines Mißerfolges der deutsch-französischen Besprechungen die englische Regierung ihren Standpunkt kategorisch darlegen müsse.“

„Erziehungsstätte“ Dachau

Und ihre „pädagogischen“ Grundsätze

London, 12. Jan. (Anprek.) Die „Münchener Illustrierte“ bezeichnete das Konzentrationslager Dachau als eine Institution, wo Menschen mit falschen politischen Ideen zu Staatsbürgern erzoogen würden. Dazu bringt der „Münchener Guardian“ folgenden Tatsachenbericht über Dachau:

Die Zahl der Internierten sei 2200 bis 2400, davon ungefähr 50 Intellektuelle einige Angehörige der Mittelschichten, 50 oder 60 Nazis, etwa 500 Sozialdemokraten, 2 Offiziere, mehrere Kommunisten, 15 Ausländer; alle andern seien Kommunisten. Die weitans größte Zahl der Gefangenen besteht aus Arbeitern.

Die Internierten seien in zehn Kompanien zu maximal 270 Personen gegliedert. Jede Kompanie umfasse fünf Gruppen. Die letzte Kompanie ist die „Disziplin-Kompanie“, die erste ist gebildet aus sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern, die zweite aus Juden. Alle Internierten sind in zehn Baracken untergebracht.

Die kommunistischen Funktionäre, die sich weigern, den Nazis politische Informationen zu liefern, werden in Isolation eingekerkert. Die Isolation ist dunkel und nicht gelüftet. Die Ketten, an denen die Strafgefangenen gefesselt sind, sind eingemauert. Das Nachtlager besteht aus einfachen Holzstreifen. Am September wurden die Internierten gezwungen, 21 neue Ketten zu bauen.

In Dachau wird die Strafe der körperlichen Züchtigung angewandt. Die Gefangenen werden mit Disziplinieren ge-

schlagen. Die Drahtumwicklung tragen und die durch die Gefangenen selbst hergestellert werden müssen. Die Nazis erteilen mit diesen Instrumenten 3 bis 75 schwere Schläge. Kommunisten und Sozialdemokraten werden — ohne irgend einen besonderen Grund — bei Ankunft im Lager geschlagen. Man schlägt die Gefangenen ebenso mit feuchten Handtüchern. Sieben SA-Männer, die am 1. August ins Lager eingeliefert wurden, sind derart mißhandelt worden, daß zwei von ihnen, Kunnickel und Handlisch, starben. Der Kommunist Fritz Schaper wurde so zugerichtet, daß er, bettlägerig, zwei Monate lang sich nicht bewegen konnte. Am 2. September zerbrach ein Nazimörder einem Gefangenen mit einem Faustschlag den Unterkiefer. Die Internierten werden mit brennenden Zigaretten verbrannt. Unter den am furchtbarsten mißhandelten befinden sich A. Buchmann, Georg Freischiß und der Journalist Ewald Thunig. Der Münchner Kommunist Sepp Göb wurde ermordet, nachdem er so mißhandelt worden war, daß er sich nicht mehr aufrichten konnte. Der Student Widemeier wurde durch einen Stein getötet. Der Kommunist Fritz Dresel wurde zu Tode mißhandelt. Geißel wurden der Stadtrat Hausmann, Lebrunger, der Reichsbannermann Aron, Wills (Franz), Bühl, ein kommunistischer Funktionär aus Memmingen — insgesamt fast 50 Männer. Der Korrespondent des „Münchener Guardian“ ist im Besitz der Namen von neun Personen, die augenblicklich die Gefangenen mißhandeln und morden.“

Ganz Deutschland „Geheimgebiet“

Anprek. Das in Deutschland bestehende Verbot, Normal- oder Sammelmaßnahmen von Ausläufern der SA, SS, des Stahlheims und anderer Organisationen oder Unterabteilungen der Partei oder Umzüge staatspolitischer Charakter“ zu machen, wird nunmehr durch die Landesfilmstelle des Reichsministeriums für Propaganda, die die Ableserung sämtlicher eventuelle gemachter Filmmaßnahmen angeordnet worden ist. Verhöre werden durch Beschlagnahme nicht nur der Filme, sondern auch der Apparate geahndet, da vor dem Ausfuhr so viel wie möglich die Militarisierung des gesamten Nazi-Deutschland verheimlicht werden soll.

Weiblicher „Stavisky“

Vor dem Schöffengericht in Rossbach in Baden fand jetzt eine Tragikomödie ihren Abschluß, die die Bevölkerung des Taubertales lange beschäftigt hat. Angeklagt war die 42 Jahre alte Witwe eines Bahnarbeiters, die den Schwindel mit der 72-Millionen-Erbschaft in Szene gesetzt hatte und damit eine Reihe von leichtgläubigen Leuten um ihre Ersparnisse betrogen.

Die Angeklagte Margarete Hoffmann hatte eines Tages einen alten Zeitungsauschnitt aus der Vorkriegszeit gefunden in dem von der Erbschaft eines in Kanada verstorbenen Mannes namens Hölzer die Rede war. Da dieser Name auch unter ihren Verwandten vorkam, ließen die Erbschaft des Taubertales, so redete sie diesen ein, daß die Erbschaft für sie deponiert sei, und daß man sie beauftragungsmäßig, alle erforderlichen Schritte zur Auszahlung der Erbschaft zu unternehmen. Im Laufe der Zeit erhielt die Hoffmann angeblich eine Reihe von Briefen von einem Dr. Pauli in Berlin, seinem Sekretär Gibson und einem Justizrat

Thomson in New York mit erfolgsverheißenden Nachrichten und dem Endergebnis, daß das Geld im Mai 1933 auf der Baseler Bank eingezahlt werde. Ihren Verwandten zeigte die Hoffmann aber nur Abschriften, die sie meist selber angefertigt hatte, indem sie vorgab, die Originale müßten bei Dr. Pauli in Berlin bleiben.

Sie forderte nun zur Unkostenbedeckung von ihren Verwandten Geld und entlockte ihnen über 7000 Mark, die zum Teil die letzten Sparreserven bildeten und sogar geliehen oder auf Hypothek aufgenommen werden mußten. Ganz romanhaft wurde die Sache, als im badiischen Hinterland und dem angrenzenden bayrischen Gebiet die Geschichte von der unermesslichen Erbschaft immer mehr unter die Leute kam. So bot eines Tages ein Gütermakler, der die Geschichte glaubte, der Hoffmann und ihrem damals noch lebenden Mann eine Villa für 65 000 Mark in Würzburg an. Der Kauf wurde protokolliert und die Zahlung sollte erst erfolgen, wenn das Geld da sei. Die Eheleute Hoffmann zogen bald darauf in die Villa ein und führten ein Leben in Luxus und Prunk, da sie überall in Erwartung des kommenden Mammons Kredite bekamen. Sogar zwei Autos für 35 000 Mark kauften sie sich, von denen sie eines veräußerten. Nachdem die Herrlichkeit kurze Zeit gedauert hatte, kam die Polizei hinter den Schwindel und nahm das Ehepaar fest.

In der jetzigen Gerichtsverhandlung gab die Angeklagte, eine unscheinbar armeiliche Person, der man den Riesen-schwindel kaum zutraute, den Berrug zu. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre Zuchthaus, das Gericht erkannte auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Rebenbei: es ist dieselbe Strafe, die in Frankenthal für den Schmuggel von sozialdemokratischen Schriften verhängt worden ist.

Ein Naziführer-Emigrant spricht über das Hitlergeheimnis

Die Redaktion der „Deutschen Freiheit“, die in sieben Monaten ihres Bestehens viele Besuche empfangen hat, begrüßte in diesen Tagen einen Emigranten besonderer Art. Es war ein Nationalsozialist aus der vordersten Linie, wovon wir uns aus seinen Papieren überzeugen konnten: ein Mann, der über zwölf Jahre lang seiner Idee und seiner Bewegung als Schriftsteller wie als Redner die größten Opfer gebracht hat. In zahllosen Versammlungen, in vielen Schriften und Zeitungs-Aufsätzen hat er mit großem Erfolge für die nationalsozialistische Sache Menschen gewonnen, die den nationalsozialistischen Gedanken keineswegs leicht zugänglich waren.

Dieser Mann mußte fliehen. Keineswegs deshalb, weil er sich vom Nationalsozialismus abgewandt hat. Im Gegenteil! Er erblickt, wie er uns klarmachte, im herrschenden Hitlerregime einen schlüpfrigen und heuchlerischen Verrat an allem, was ihn erstmals zum begelsterten Herold des nationalen Sozialismus machte.

Nach langen Unterhaltungen haben wir ihn gebeten, seine Auffassung in einer Reihe von Artikeln zu begründen, nachdem bereits in unserer Ausgabe vom 12. Januar ein Aufsatz aus seiner Feder erschien. Der erste dieser Artikel liegt jetzt vor. Wir sind davon überzeugt, daß es darin vieles gibt, was unsere Leser befremden und abstoßen wird. Uns selbst ist es nicht anders ergangen. Es versteht sich von selbst, daß die Meinung dieses Mannes — das gilt keineswegs nur von seinem grundsätzlichen Antisemitismus — in vielen wesentlichen Fragen nicht die unsrige ist. Wir haben uns dennoch entschlossen, ihn zu dieser Arbeit aufzufordern — in der einfachen Überlegung, daß es für niemanden unwichtig und uninteressant sein kann, einen Blick in die Ideenwelt eines bis zum Bunde Hitler-Hugenberg-Papen führenden Nationalsozialisten zu tun. Seine nötig gewordene Flucht ist nichts anderes, als das Resultat aus der in Deutschland unterdrückten und verfolgten zweifachen Erkenntnis, daß politisches Ideal und seine Realisation verschiedene Dinge sind, und daß Hitler die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen seiner Bewegung an den „Besitz der Macht“ verraten, um dieses Besitzes willen völlig aufgegeben hat. Indem sich der Schreiber Rechenschaft darüber ablegt, vermittelt er uns zugleich Wege zum tieferen Verständnis der Ereignisse im „dritten Reich“.

Wir begnügen uns allerdings nicht damit, redaktionelle Distanz zu diesem Manne und seinen Anschauungen zu halten. Wir werden vielmehr nach Beendigung seiner Aufsatzreihe einen hervorragenden sozialistischen Gelehrten, der das Wissen um die Theorie mit genauer Kenntnis der politischen und gesellschaftlichen Praxis in Deutschland vereint, das Wort zur Antwort und Auseinandersetzung geben. Zur Vorbereitung dieser Auseinandersetzung wären uns auch briefliche Äußerungen unserer Leser sehr erwünscht. Wir werden diese Zuschriften in dieser Debatte als Material für beide Teile verwerten können.

Die Schriftleitung der „Deutschen Freiheit“.

I. Antisemitismus

Bevor ich mit meinen Darlegungen beginne, möchte ich die Grundsätze aussprechen, welche mich vor mehr als einem Jahrzehnte bewogen haben, mich neben andere in den Dienst der deutschösterreichischen Bewegung zu stellen: kerndeutsche Gesinnung, sozialistisches Vollen und Antisemitismus! Schutzhaft und Konzentrationslager können uns höchstens den Aufenthalt in unserem Heimatlande vorübergehend unmöglich machen, aber niemals unsere Gesinnung ändern. Indem ich den Antisemitismus erwähne, setze auch ich mich den scharfen Angriffen aus, welchen Hitlerdeutschland zur Zeit ausgesetzt ist und gerade deshalb wolle man mir gestatten, meine Darlegungen mit diesem Alpha und Omega der derzeitigen reichsdeutschen Politik zu beginnen. Wir werden die Betrachtungen demnächst auch wieder an diesem Punkte beenden müssen!

Je mehr man die Geschichte der Völker dieser Erde ruhig studiert, desto mehr erlangt man die tiefe Überzeugung, daß es zu allen Zeiten und in allen Völkern bestimmte Menschengruppen gegeben hat, die aus irgendwelchen Gründen eine Vorzugs- und Herrschaftstellung im Volke für sich in Anspruch genommen haben. Als sich kürzlich, wie die Zeitungen berichteten, das japanische Volk über die Geburt seines Thronfolgers ausgelassen freute, bewies es damit nur, daß der Mythos des dynastischen Herrschaftsanspruchs des Mikado im japanischen Volke noch fest verwurzelt ist. Der Mikado ist seinem Volke noch der „gottgesandte Herrscher“. Viel anders kann auch nicht der Versuch ausgesprochen werden, den jüngst ein Jesuitenpater in „Stimmen der Zeit“ unternahm, mit jeder „legal“ eroberten Staatsmacht ein Gottesgnadentum darzustellen. Damit treffen wir schon den Kern, von welchem aus wir das politische Weltgeschehen untersuchen haben, nämlich das zunächst nur religiöse Dogma überall dort, wo eine Menschengruppe für sich eine Vorzugsstellung zwischen Gott und der Menschheit verkündete. So hat uns beispielsweise der junge katholische Märgeler in seiner kleinen Schrift „Dogma und Geschichte“ nachgewiesen, daß wenigstens die europäische Geschichte der letzten zweitausend Jahre gar nicht als Geschichte selbständig, sondern als römischen Dogma, als dessen Nebenprodukt, emporgewachsen ist. Wir gelangten somit zu der Einsicht, daß kleine Menschengruppen vornehmlich unter Berufung auf göttlichbevorzugte Sendung die politische Gewalt über ein Volk, und vermöge des Dienstes dieses Volkes dann die politische Gewalt über ganze Völkergruppen an sich gerissen haben (russischer Zarismus, Mohammed, Dalai-Lama usw.). Sehen wir genauer hin, so können wir sagen, daß die Herrschaftsansprüche dieser Gruppe von Emporkömmlingen auf ein religiös-politisches Dogma zurückzuführen sind. Verlagt ein religiöses Dogma, so bringt es notwendig den Götterglauben und das religiöse Leben des betroffenen Volkes in Gefahr. Verlagt ein politisches Dogma, so bringt es das politische und wirtschaftliche Dasein des Volkes in Gefahr. Diese Gefahren sind jedenfalls um so größer, je weiter das Dogma zur Herrschaft gelangt war oder sie erlangen will. Herrscht ein religiös-politisches Dogma total und verlagt sein politischer Satz, so kommt dadurch auch der vorgesezte religiöse Dogmasatz ins Wanken (siehe antichristliche Bewegung nach dem Zusammenbruche der christlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung).

Das antisemitische Bekenntnis, welches meine Freunde aus diesen Erwägungen abgeleitet haben, lautet: Wie in allen Völkern, so gelangte auch in Israel eine kleine Gruppe eines religiös-politischen Dogmas zur Herrschaft, und, zurückgehend auf Moses und die Propheten, leitet diese Gruppe aus eben jenem Dogma überdies den Anspruch auf die Welt Herrschaft ab, im Gegensatz zu dem in anderen Völkern herrschenden religiös-politischen Dogma, das dem nur der Anspruch auf die Herrschaft über das eigene Volk abgeleitet wird (Staatskirchen, Kirchenstaat). Der mit religiös-politischem Dogma begründete Welt Herrschaftsanspruch des alten Testaments zwang natürlich auch diejenigen Israeliten in seinen Bann, die der bevorzugten Herrschaftsgruppe nicht angehörten, und ganz genau so, wie beispielsweise Napoleon

sich das französische Volk zur Erlangung der Herrschaft über Europa dienstbar machte, so benutzte jene Herrschaftsgruppe in Israel auch die einzelnen Glieder dieses Volkes zur Erreichung ihrer Ziele. Man darf eben nicht vergessen, daß Israel nach der Ehegeschichte Jakobs aus zwölf von Geburt aus untereinander vierfach verschiedenen Stämmen entstand, und daß im sogenannten „Segen Jakob“ nur einem dieser Stämme, und zwar dem Stamme Juda, die Herrschaft, sogar die Gewalt Herrschaft über seine „Volksgenossen“ verheißen worden ist!

Mit vorstehenden Sätzen habe ich eigentlich schon umrissen, was wir, die wir seit einiger Zeit als „Oppositionelle“ bezeichnet und verfolgt werden, mit unserem Antisemitismus treffen wollen, nämlich das Judentum als eine überlebte Weltanschauung, als ein überlebtes religiös-politisches Dogma. Keineswegs aber wollen und dürfen wir die israelitischen Menschen treffen, die, genau betrachtet, unter der Auswirkung des religiös-politischen Dogmas der Herrschergruppe ihres eigenen Volkes seit Jahrhunderten schwerer gelitten haben und heute noch leiden als irgendein anderes Volk dieser Erde. Die Schlussfolgerung aus diesem Antisemitismus ist, daß dem Judentum e durch Entfernung aus der politischen Macht die Erreichung seiner religiös-politischen Ziele unmöglich gemacht werden muß. Allerdings kamen wir mit dieser Auffassung der Stellungnahme Karl Marx' zur Judenfrage nahe, was uns, neben anderen Gründen, leithin das Prädikat „Nationalmarxisten“ in Hitlerdeutschland eingebracht hat.

Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, sieht, daß die israelitischen Menschen sich schon seit Jahrzehnten, insbesondere seit dem Fronterlebnis, immer mehr dem Gastvolke, in dem sie vielfach seit Jahrhunderten leben (die Ureinwanderer kommen nicht in Betracht), anzugleichen bemüht haben (Assimilierung). Die mosaischen Ritualvorschriften legten sie immer mehr ab. Die Sabbatheiligung war meist in Sonntagsheiligung übergegangen. Der Uebertritt zum Christentum und die dem mosaischen Geleize widersprechenden Mischehen nahmen immer mehr zu. In ungezählten Fällen konnte ich als Ursache dieser Vorgänge nicht äußere, materielle Gründe, sondern ein Suchen nach innerem Gleichgewichte feststellen. Es ist tatsächlich so, daß auch in Israel die religiöse Sehnsucht groß geworden war; man vergleiche hierzu die vielfach erschütternden Aussprüche in Josef Kaein: „Eine Geschichte der Juden“ oder Schöps: „Jüdischer Glaube in dieser Zeit“. Besonders kraft ist mir in dieser Beziehung das Bekenntnis eines jüdischen Rechtsanwaltes aus Köln in Erinnerung, das mit den Worten schloß: „Meher den toten Punkt für den lebenden Menschen komme ich im alten Testament nicht mehr hinweg!“

Der arme Mann wurde am 31. März 1933 beim Vortrage einer Armeniansache vor dem Richterliche von dem Gebrüll „Juden heraus“ überrascht, das eine wildgewordene SS-Truppe im Landgerichtsgebäude schon einen Tag vor dem amtlichen Bankrott veranstaltete, derweil sie Saaltüre auf Saaltüre auftrieb, die jüdischen Richter und Anwälte herausholte und sie draußen auf Müllabfuhrwagen verlad (die berühmte Streicher-Aktion). Ich betreue nicht, daß ich dem zu Tode erschrockenen Anwalte die Robe ausgerissen, sie mir angelegt, seinen Mandanten neben mich gezerrt und ihn selber mit meiner Aktenmappe aus dem Saale geschickt und so vor dem Müllabfuhrwagen bewahrt habe, während der inzwischen auch schon zur Ruhe gefehrte Landgerichtsdirektor Dr. Phillips zu einer Vertagung der Sache die Hand bot mit dem Bemerkhen: „Ich freue mich, daß mir nicht nach dreißigjähriger Antisemitpraxis ein Anwalt, den wir alle schätzten, auf so schimpfliche Weise aus einer Beweisaufnahme fortgezerrt worden ist.“

Unser erster politischer und seelischer Konflikt mit Hitler betraf die Judenhege. Da niemand leugnen kann, daß viele deutsche Werte von Juden zutage gefördert worden sind, ahnten wir zunächst und erkannten später die mit der hitlerischen Maßlosigkeit in der Hege verbundene Gefahr, daß einmal alles, was je mit Israeliten Berührung hatte, für „jüdisch“ erklärt, versem und verfolgt werden würde. Schon Hans Blüher, der doch überall als

sturer Antisemit anerkannt wird, hat davor gewarnt, Blutschuld am todwunden Israel auf deutsche Menschen zu laden. Auch Herr von Rauen erklärte noch im Oktober 1931 in Köln in einer Versammlung des von ihm vor Jahren mitgegründeten Bundes zum Schutze der abendländischen Kultur dem Rabbiner Dr. Rosenthal auf dessen Frage nach der Ansicht des Herrn von Rauen über den Rabauantisemitismus der NSDAP: „Ich möchte das christliche und das jüdische Glaubensbekenntnis zu einer gemeinsamen Front gegen den Bolschewismus zusammenschweißen!“ Der Kommunistenschreck, den Hitler an die Wand malte, hatte Herrn von Rauen diese seine Auffassung vergessen lassen, so daß er schweig, als mit dem 28. März 1933 in Deutschland das seelische und leibliche Massenmorden der Israeliten einsetzte. Bezeichnend ist, daß sogar ein so ausgesprochener Judenhasser wie General Ludendorff sich damals sehr scharf gegen diese Kampfweise gewandt hat, bis auch ihm die Zeitung verboten wurde!

Zu den unermüdbaren Bärnern auf diesem Gebiete gehörte vor allem Gregor Straffer, bekanntlich bis Oktober 1932 noch Reichsleiter II der NSDAP, und ihr Wirtschaftsführer, der, wie wir anderen, gegangen ist, weil seine Treue zum Sozialismus die Hand zu einem Pakte mit Hugenberg-Schacht und anderen nicht bieten konnte, selbst dann nicht, als ihm versichert wurde, daß dieser Pakt nur aus „taktischen Gründen“ abgeschlossen werde, um schneller „an die Macht“ zu kommen, als es mit Hilfe der Arbeiterschaft möglich sein werde. Noch in jenen letzten Tagen hat Gregor Straffer prophezeit, daß die NSDAP aus reinen Neidgründen zu einer bloßen antisemitischen Wirtschafspartei herabsinken werde, wenn der Kurs weiter verfolgt werden würde, welcher in jenen Tagen das Oberwasser der Partei erreicht hatte

Was schafft nun der Antisemitismus Hitler-Göbbels?

Gregor Straffer hat die Entwicklung, die mittlerweile eingetreten ist, völlig richtig vorausgesehen. Hitler hat den Nutzen seines „Antisemitismus“ und damit seiner „Deutschen Revolution“ längst nicht mehr in seiner Hand. Auch dies sagte Hans Blüher schon 1931 in seiner „Successio Judaica“ mit dem Bemerkhen voraus, daß von solchem „Antisemitismus“ lediglich das großjüdische Herrschaftskapital Vorteil haben würde. Hitlers Verlag (Franz Eher GmbH, Nachf., München) gibt eine sonderbare kleine Schrift heraus, deren Inhalt „den Juden“ zugeföhoben wird, obwohl man höchstens darüber sprechen könnte, inwieweit Alttestaments-Fanatiker bei diesen sogenannten Protokollen der Weissen von Zion die Hand mit im Spiele gehabt haben könnten. Wo ich aus dieser Schrift zitiere, lege ich kurz „Woz.“ und füge die Seitenzahlen griechisch sowie die Abschnittszahlen römisch bei. In dieser Schrift nun heißt es 38, 11:

„Wir brauchen ihren Antisemitismus, um unsere Brüder aus den unteren Schichten zusammenzuhalten.“

Betrachten Sie eine Schürze mit allerlei bunten Fäden, roten, grünen, gelben, blauen usw. Entfernen (vertreiben) Sie daraus einmal alle roten Fäden! Wen haben Sie nun gereinigt? Die Schürze bleibt nach wie vor bunt; nur die roten Fäden sind nicht mehr darin vertreten. Diese oder liegen nun schön alleine sortiert, gereinigt, bei Seite zusammen. Efra, der Priester und Prophet, gab Juda Vorbild und Weisung, seine Geschlechtsregister (Eherregister, Familienverzeichnis) von Zeit zu Zeit zu reinigen. Daß nun das, was das Judentum in Deutschland selber nicht mehr durchführen konnte, weil es über die dazu nötige Macht in Israel gar nicht mehr verfügte, jetzt doch an den deutschen Juden geschehen ist, — das ist die erste Folge hitlerischen Antisemitismus und Massenmordes. Dementsprechend brennt denn auch nach wie vor in Deutschland die ungelöste und vollkommene ungeklärte Frage: „Was und wer ist arisch?“ Man lese nur die wie Pilze aus der Erde schießenden rassen-theoretischen „Werke“, um zu begreifen, daß so bald niemand aus diesem Chaos der Meinungen und „Forschungen“ zu einem klaren Gedanken kommen wird. Kein Volk kann die Jahrtausende seiner Familienbildung zurückleben oder zurückkontrollieren!

Die Angleichung der Israeliten in Deutschland an ihre Volksumgebung ist gewaltig unterbrochen und sie sind von Hitler gewaltig (gleich den roten Fäden) gereinigt, gesammelt und der Herrschaft des Judentums wieder voll zugeführt worden. Die Theorie des Rabbinates, weil die deutschen Juden ihren Glauben verlassen hätten, darum hätte Gott ihnen seine schützende Hand entzogen, findet einen von Hitler geerbneten Boden.

Dementsprechend sind nun auch die Wirkungen des hitlerischen Rabauantisemitismus ganz verheerend. Zehntausende abgehende, an Seele und Leib geschundene Menschen wurden zwangsläufig in aller Herren Länder Propagandaredner gegen Hitlerdeutschland. Es verlor rasch und fast völlig seinen Export und der gebliebene Geschäftsrest schwindet von Tag zu Tag mehr (siehe „Saarbrücker Zeitung“ vom 8. 1. 1934, „Deutsche Ausfuhr um 600 Millionen vermindert“). Das internationale Hochkapital konnte von ausländischen Betriebsstätten aus den Markt versorgen, von dem vorher hunderttausende deutsche Arbeiter Brot hatten, so daß also die Hochfinanz gar keinen Schaden erlitt (vergl. Berichte über Arbeitslosenabnahme in England usw.). Die Kriegsgreuelberichte und damit die Weltfront gegen Deutschland entstanden neu, aber diesmal leider mit stichhaltigen Unterlagen.

In Deutschland selbst wurden die sozialistischen Lehren, weil sie teilweise auf Karl Marx zurückgeführt werden, als „jüdische Lehren“ versem. Das war das Signal zum „Ausbruche der Nation“. Aus purem Brotneide traten die NSDAP-Führer zur Röllchenjagd widerlichster Art

an und als die zwangsverwalteten ungezählten Posten in Wirtschaft und Staatsverwaltung nicht mehr genügten, wurden neue in ungezählter Menge geschaffen (Staatsräte, Propagandaministerium, Universitätslehrstühle, Erbhofgerichte, Sterilisationsgerichte und wie sie alle heißen). Minder leistungsfähige Freiwissenschaftler rissen sich um die nunmehr den Verfolgten abgehenden Aufträge. Mit antisemitischen Insignien und Schildern für die Geschäftsläden: „Deutsche, kauft nur bei Deutschen“, „Deutsches Geschäft“ usw. erzielten die immer leeren Parteikassen stolze Einnahmen.

Nicht viel, nämlich nur Geld zur Bezahlung des betroffenen deutschen Personals, hätte den biederen Nazi-Mittelständlern gefehlt, und sie hätten in blinder Zerstörungswut den früheren Rat des frischgeborenen Kölner Nazi-Sozialprofessors Börger befolgt und wären mit Zuschlaghammern gegen die Gebäude der Warenhäuser, Einkaufspreisgeschäfte usw. losgezogen, doch hier bilies der große Taktiker und Führer das große antisemitische Schauspiel ab, das er seinem Volke gegeben hatte, getreu Woz, 40, III:

„Damit die Massen nicht von selbst den Dingen auf die Spur kommen, lenken wir sie noch durch allerhand Vergnügungen, Spiele, Leidenenschaften und Volkshäuser ab. Bald werden wir in unserer Presse Preisausschreiben auf den verschiedensten Gebieten der Kunst und der Kraftspiele, des Sports erscheinen lassen. Solche Fälle von Zerstörungen wird die Gedanken der Masse endgültig von den Fragen ablenken, für deren Verwirklichung wir sonst hart mit ihr kämpfen müßten.“

Hitler war eben, und das erkannten wir ab September 1932 immer mehr und ab Februar unwiderlegbar deutlich, nur darum zu tun, treuer und angebeteter Diener des Großkapitals zu werden und daher machte er keine „Revolution“, sondern nur eine „Gleichschaltungsaktion“, die das internationale, allerdings vielfach vom Judentum e geführte Hochkapital vollkommen nachteilfrei ließ. Dieses internationale hochkapitalistische Judentum, dem, von uns aus gesehen, sein Kapital nur Mittel zur Erlangung der Unsterblichkeit ist, diese Herrschergruppe hätte in Deutschland durch Ausschaltung seiner dreißig- oder vierzig Vertreter haltgesetzt werden können.

Diese aber wurden nur getarnt und herrschen weiter!

Sie sitzen in gleichgeschalteten Industriekonzernen teils als Aktienbesitzer und teils als Besitzer bzw. Gläubiger des Auslandskapitals, für das der deutsche Arbeiter heute viel, viel mehr denn je zuvor ausgebeutet wird. Die kleinen in Israeliten aber, die da und dort ihrem Gewerbe und, wo man sie dazu hatte kommen lassen, ihrer Arbeit oder ihrem Handwerke oblagen, die meist weniger Wirtschaften und Frauenhäuser aufsuchten als manche Nazigrößen und die vielen dadurch in ihren Gewerben bankrottierten heutigen Naziführer, — diese kleinen Leute, die meist nicht einmal so viel verdienen, daß sie Personal halten und „ausbeuten“ konnten, irren innerhalb oder außerhalb ihres Heimatlandes, für dessen Kriegsinteressen auch sie ihr Blutkontingent stellten, wie zu Tode gehetzte Rehe umher, heute nicht wissend, was das Morgen ihnen bringen wird.

Sonach fehlt dem hitlerischen Antisemitismus jede religiöse und sachliche Tiefe und er ballert auf purer Spekulation. Hitler selber macht damit für seine Partei und für seine Bücher platte Reklame, worauf ich später noch mit Belegen zurückkomme. Der hitlerhörige Mittelstand verspricht sich Geschätzprofiit von den Boykottmaßnahmen gegen die Konkurrenz und stellt daher alle menschlichen Gefühle zurück. Nur auf dem flachen Lande schaut man noch mit mitleidvoller Scheu auf, wenn man einen der abgehetzten Juden sieht. Es fehlt diesem hitlerischen Antisemitismus aber auch jedes Maß und so artete er natürlich insofern der Propagandaphrasen. Maxismus-Sozialismus sei Judenlehre, längst von der Rassenhege gegen die Israeliten aus zur Bluthöhe gegen die eigenen „Volksgenossen“, wo immer man nur findet, daß jemand etwas von Sozialismus versteht, die Werke Karl Marx' gelesen hat und nicht deren Inhalt in Bausch und Bogen verleugnet oder verwirft.

Wir werden begreifen lernen müssen, daß das heutige Geschehen in Deutschland ein solches mit religiösem Anstrich ist und selbst in erster Linie ein religiös-politisches Geschehen sein will. Von hier aus wird es auch begreiflich, daß sich die christlichen Konfessionen mit immer deutlicher werdender Schärfe und Offenheit gegen diesen kabbalantisemitismus aussprechen (vergl. Schreiner-Kämmerl: „Die Nation vor Gott“ und die Reusjahrespredigten der Kardinäle von Faulhaber und Bertram). Die Kirchen erblicken im Judentum eine Lehre, welche den Anruf Christi an die Menschen verleugnet und darum vom Gesichtsfelde der Kirchen her eine überwundene, eine Irrlehre sei. Darüber entnehmen die Kirchen noch der Bibel die Weisung, die Israeliten vom Mosaismus zu befreien. Mit Recht sehen die Kirchen die ihnen für Nichtjuden und Juden gestellten Aufgaben in größerer Gefahr als es der Laie annimmt und die Kirchen wissen, daß beide Streitkräfte hierbei schon Kulturkampfgelände betreten haben (siehe interne Kämpfe unter den „Deutschen Christen“).

In einem selbst- und ehrbewußten Volke, wie es das Deutsche sein will und sein muß, ist für eine mit bloßen Phrasen gespeiste Rassen- und Menschenhege kein Raum; solches Gebahren ist nicht antisemitisch, nicht deutsch, sondern eben unmenschlich und da noch weiter mitzumachen, müßten wir ablehnen.

Der amtliche Diebstahl

Klara Zetkins Haus beschlagnahmt

Birkenwerder, 12. Jan. Auf Grund des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens ist das Haus der Kommunistin Klara Zetkin in der Wohnhofallee beschlagnahmt worden. Eigentümer war zuletzt der Sohn von Klara Zetkin, der Arzt Konstantin Zetkin. Weiter wurde das Grundstück der bekannten Kommunistin Frieda Winkelmann, früher Mitglied des Thüringer Landtags, beschlagnahmt. Frieda Winkelmann befindet sich zur Zeit in Haft. Schließlich ist das Haus des Kommunisten Rüdike beschlagnahmt worden.

Bettelei statt Sozialismus

Winterhilfe — ein Propagandatricks

Alles, was der Nationalsozialismus tut, geschieht aus Propaganda. Die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“ bezeichnet selbst die Winterhilfe als eine „unerhörte Propagandaleistung“. Nicht Hunger und Kälte zu bekämpfen, sondern neue Anhänger zu gewinnen, ist also ihr Sinn! Nach einer offiziellen Meldung haben die Sammlungen bisher insgesamt 125 Millionen Mark erbracht, und zwar 96 Millionen Sachwerte und 29 Millionen Bargeld. Zum Schutz von 15 Millionen Menschen gegen Hunger und Kälte ein bißchen wenig!

Niemand weiß, ob diese Angaben stimmen. Nationalsozialisten pflegen es bei der Propaganda nicht sehr genau mit der Wahrheit zu nehmen. Daß sie davon bei der Winterhilfe abweichen sollten, ist unwahrscheinlich. Es liegen sowohl Tatsachen vor, die das Ergebnis der Sammlung größer erscheinen lassen als es ist, aber auch Gründe für niedrigere Angaben.

Auffällig ist auf jeden Fall, daß „Der Deutsche Unternehmer“, ein amtliches Organ der deutschen Wirtschaft, das Ergebnis der Sammlung auf 20 Millionen Mark beziffert, doppelt soviel als die Winterhilfe.

Setzt man die Meldungen über die hohen Summen, die als „freiwillige Spenden“ gesammelt wurden, so spricht manches für die sehr auffällige Tatsache, daß für die Winterhilfe mehr Geld eingegangen ist als man zugibt. Man scheint Angst davor zu haben, daß zu hohe Anforderungen an die Winterhilfe durch die Notleidenden gestellt werden könnten, die vor Hunger und Kälte geküßt werden wollen!

Andererseits aber scheinen auch Übertreibungen beliebt zu sein. Der Wert der gespendeten Naturalien wird auf 96 Millionen Mark angegeben, für 20 Millionen Mark Kartoffeln, für 52 Millionen Mark Brotgetreide, für 24 Millionen Mark Kohle. Zu gleicher Zeit teilt die Reichsbauernschaft mit, daß fünf Millionen Zentner Kartoffeln abgeteilt worden seien. Hier hat man die Herrschaften schon auf einer Unwahrheit erwischt. Die Reichsbahn liefert kraftfrei. Da die Reichsbauernschaft die Spenden an Kartoffeln sicher nicht zu niedrig angegeben hat, so hat die Winterhilfe einen Wert von 4 Mark je Zentner eingelegt, während er in Wirklichkeit höchstens 1,50 Mark beträgt. Ähnlich dürfte es bei den Angaben wegen Kohle und Getreide sein.

Mehr genommen, als gegeben wird!

Veit man die Angaben der nationalsozialistischen Winterhilfe angründe, so werden an 15 Millionen Menschen rund 120 Millionen verteilt. Im Durchschnitt kommen auf jeden Hilfsbedürftigen für den ganzen Winter 8 Mark. Und damit will man erreichen, daß in diesem Winter in Deutschland „niemand hungern und frieren“ wird, wie Herr Göbbels verkündete? Das wäre schon dann eine lächerliche Übertreibung, wenn die Winterhilfe eine zufällige Leistung zu den bisherigen Unterstützungen darstellte.

Tatsächlich aber sind die Unterstützungen für Arbeitslose, für Wohlfahrtsempfänger auf der ganzen Linie, erheblich gekürzt worden.

Die Reichsliste allein erfaßt im Jahre 1933 487 Millionen an Arbeitslosenunterstützung. Ähnliche Beträge haben Länder und Gemeinden den Arbeitslosen abgezahlt. Diese Kürzung steht in keinem Verhältnis zu der Abnahme der Arbeitslosigkeit. Sie ist im wesentlichen auf den Abbau der Einzelunterstützung zurückzuführen, die 1933 durchschnittlich um mindestens 1 Mark pro Woche und Unterstüzungsberechtigten gekürzt wurde.

Das Resultat des Nebenerempels ist also folgendes: Dem Unterstühten wurden durchschnittlich im Jahre 52 Mark abgenommen und dafür von der Winterhilfe 8 Mark „geschenkt“. Aber selbst dieser Verzicht ist noch zu gering. So die Winterhilfe 125 oder 250 Millionen eingenommen hat — sein steht auf alle Fälle.

Daß der größte Teil des Borgeldes, aber auch der wertvollste Teil der Naturalien in die Taschen der SA und sonstiger „verdienstoffoller“ Pa. geflossen sind.

Nicht der SA angehörende Bedürftige erhalten Bargeld überhaupt nicht, und von den Naturalien nur diejenigen, die die SA übrig gelassen hat. Auf alle Fälle ist Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfängern an Unterstüzung mehr genommen worden als man ihnen als Spende schenkte.

Wer kontrolliert?

Die Winterhilfe ist keine Erfindung des „dritten Reichs“. Wie alles bei den Nazis, so haben sie auch die Winterhilfe dem verhassten „Judentum“ abgelaugt. Allerdings wurden in den früheren Jahren die Mittel für die Winterhilfe nicht zusammengebetelt, sondern von Reich, Ländern und

Gemeinden aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Das Reich allein beteiligte sich mit mehr als 30 Millionen jährlich an der Aktion. Dazu traten die Leistungen der Reichsbahn, der Länder und Gemeinden. Die Gesamtsumme, die verteilt wurde, war sicherlich nicht geringer als jetzt.

Dafür aber ging die Verteilung gerecht vor sich, wurde nach der Bedürftigkeit bemessen und nicht nach der politischen Gesinnung. Vor allem aber hatte jeder Bedürftige einen Rechtsanspruch, es war weder Gnade noch Bettelei!

Ebenso wichtig ist ein anderer Unterschied. Der größte Teil der Mittel der Winterhilfe wird jetzt aus den unteren, mittellosen Schichten des Volkes herausgepreßt. Das gilt nicht nur von den „freiwilligen Spenden“, die an der Arbeitsstätte bei der Entlassung gezahlt werden müssen. Das gilt auch von den Sammlungen für das Eintopfgericht und ähnlichen. Was die Kapitalisten und Schwerverdienende jetzt zur Winterhilfe beisteuern, mag im Einzelfall noch so hoch sein, die Gesamtsumme ist viel weniger, als diese Herrschaften zu zahlen hätten, wenn die Abgabe nach der Leistungsfähigkeit bemessen wäre.

Der wirkliche Charakter der Winterhilfe wird aber erst klar, wenn man bedenkt, daß die von der Regierung beschlossene Disziplin von der nationalsozialistischen Partei durchgeführt wird. Die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ mit ihren 20.000 Ortsgruppen sammelt die Gelder und verteilt die Spenden.

Niemand kontrolliert diese Organisation, der nicht von ihr selber abhängig ist. Ungezählte Korruptionsfälle ereignen sich täglich in allen Gegenden des Reiches.

Nie ist so viel Betrug und Veruntreuung vorgekommen, als hier. Diese Mißstände werden von oben gedeckt und vertuscht, weil die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ in erster Linie die Aufgabe hat, mit ihren Geldern den unzufriedenen Pa. zu helfen und vor allem die Mittel für die Belohnung der SA zu liefern.

Die Winterhilfe der Nazis ist also weder ein großes Werk noch eine sozialistische Tat. Die mit ungeborener agitatorischer Pomp durchgeführte Aktion soll die Millionenfüße der Bedürftigen nicht zur Erkenntnis kommen lassen, daß das „dritte Reich“ sie schlechter stellt als früher und ihnen Gnade statt Recht gibt. Die Winterhilfe ist nichts anderes als eine Bettelei, sie hat mit Sozialismus nicht das geringste zu tun. Der „deutsche Sozialismus“ des Herrn Göbbels, sein gewöhnliches Propagandatricks, mit dem die Armen des Volkes eingeleitet werden.

Ueber seine Kraft

Der Scharfrichter legt sein Amt nieder

Seitdem Göring-Polizeiminister ist, sind allein in Preußen mehr als 50 Todesurteile mit dem Handbeil vollstreckt worden. Als Scharfrichter fungiert der in Magdeburg wohnende Wäschereibesitzer Gröppler, der diese Funktion im Nebenamt ausübt. Wie der „Sopade-Information“ aus Magdeburg mitgeteilt wird, hat Gröppler sein hütiges Amt niedergelegt. Gröpplers letzte „Betätigung“ galt drei jungen Arbeitern. Bei ihrer Hinrichtung, die mit dem Handbeil vollzogen wurde, spielten sich grauenerregende Szenen ab. Gröppler erlitt einen Nervenzusammenbruch. Vielen Gefangenen, die von ihren Zellen aus die vom Innenplatz des Gerichtsgefängnisses zu ihnen dringenden fürchtbaren Schreie der zum Richtblock geschleppten Arbeiterjungen anhören mußten, ging es ebenso. Gröppler erklärte seinen Vorgesetzten, zu weiterer Amtierung als Scharfrichter sei ihm nicht mehr in der Lage zu sein. An seiner Stelle übernahm der Hofschlächter Volkmann jr. aus Magdeburg das jetzt so ertragreich gewordene Blutamt.

Profiit an Gefangenen

Hitlers Gefängnisse wollen verdienen

Den politischen Gefangenen in Breslau war Weihnachten der Empfang von Paketen verboten worden. Nicht verboten war die Zulassung von Bargeld. Die Ursache für diese Maßnahme ist, wie die „Sopade-Information“ mitteilt, die Tatsache, daß man die Gefangenen zwingen wollte, Lebensmittel und Bedarfsgegenstände im Gefängnis zu kaufen. Dort ist alles erhältlich. Allerdings zu Preisen, die 50 bis 100 Prozent höher sind als im freien Handel. Man begnügt sich also nicht damit, den politischen Gegnern die Freiheit zu rauben. Man raubt auch ihren Ansehenswert den letzten Bissen Brot, um sich selber zu bereichern.

„Der größte Lump . . .“

Stoßseufzer einer unglücklich Gleichgeschalteten

In der „Kölnischen Zeitung“ liest man folgende herzbewegende Klage. Das Blatt wagt aber nicht die Ursache der Massenemigration zu denunzieren. Durch die Parteidiktatur, die alle Ventile der Opposition schließt, werden Massen von Deutschen zu Heuchlern und Lügern. Aus dieser üblen Atmosphäre wächst das Denunziantentum.

„Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!“ Der wätere Hoffmann von Fallersleben hat allen Grund gehabt, diesen kräftigen Spruch niederzuschreiben, denn er hat manches Beispiel übeln Angebertums kennengelernt und am eigenen Leibe erfahren müssen, was es anzurichten kann. Leider handelte es sich nicht um eine Erscheinung, die auf die Zeit vor hundert Jahren beschränkt war. Alle politisch bewegten Epochen sind Charakterproben, die nicht jeder besteht, und es muß einmal offen gesagt werden, daß man diesen Erfahrungssatz auch heute in einer unerwarteten Weise bestätigt findet. Die ärgsten Auswüchse, die sich während und unmittelbar nach der nationalen Revolution zeigten, mögen verschwunden sein, aber noch ist die Last von dem üblen Geruch des Angebertums nicht völlig gereinigt. Statt vieler Beispiele sei hier nur ein bezeichnender Vorgang erwähnt: der heftige Staatsminister nahm vor kurzem einen Fall, der sich in der holländischen Dozentenschaft zugetragen hatte, zum Anlaß einer scharfen öffentlichen Abwehr des Angebertums. Bald darauf mußte das heftige

Staatsprekamt erklären, diese Erscheinung habe sich in letzter Zeit wieder so breit gemacht, daß sich die Dozenten der Landuniversität Gießen und der Technischen Hochschule in Darmstadt durch die Anprangerung jenes Falles nicht besonders betroffen zu fühlen brauchen. Leider gilt diese Freistellung auch für andre Teile des Reichs, wie jeder zugedenken muß, der das öffentliche Leben beobachtet. Was ist dagegen zu tun? An entscheidenden Warnungen und Beratungen von Seiten der verantwortlichen Männer des Staates fehlt es nicht. Der heftige Staatsminister hat bei dem erwähnten Fall an den einmütigen zitierten Spruch erinnert, und andre haben sich in schlichter Prosa, aber nicht minder deutlich, dagegen gewandt, daß Anstand und Ehre der Nation durch Angeber bedroht werden. Aber das hat offensichtlich nicht die genügende Wirkung getan. Man sollte also noch energischer vorgehen. In einer Aufschrift an die „Kölnische Zeitung“ wurde der Vorschlag gemacht, einen Denunzianten, der jemand durch haltlose Verdächtigungen in Haft gebracht hat, selbst in Haft zu nehmen. Wenn man bedenkt, daß Angeber aus Nachsicht, minderwertigkeitsgefühlen oder überholten parteipolitischen Motiven Ansehen und Existenzen ganzer Familien vernichten können, so ist in der Tat der Verhaftungstandpunkt durchaus am Platz, und es würde dem gesunden Empfinden des Volkes entsprechen, wenn das neue Strafrecht hier strenge Maßstäbe anlegen würde.

Der große Wirtschaftsschwindel

Auch die Reichspost bringt ihn an den Tag Weniger Einnahmen als 1932

Die deutsche Presse bringt einen Bericht über die Reichspost im Jahre 1933, den wir in feiner verklausulierten Formulierung wiedergeben, weil sich so am besten zeigt, wie die klaren Tatsachen vertuscht werden sollen:

Die Verkehrsentwicklung bei der Deutschen Reichspost zeigt im Kalenderjahr 1933 unter der nationalen Regierung zum ersten Male nach langer Zeit ein günstigeres Bild. Wenn sich die Auswirkungen der schweren Wirtschaftskrise auch noch immer bemerkbar machen, ist doch, besonders in den letzten Monaten, ein Steigen fast aller Verkehrsarten festzustellen. Der Gesamtverkehr in der Zeit vom Januar bis November 1933 — für Dezember liegt das Ergebnis noch nicht vor — blieb zwar gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres noch größtenteils zurück, doch sind die Rückgänge allgemein wesentlich niedriger als im Jahre 1932. Eine erfreuliche Zunahme (+ 6,5 Prozent) ist beim Paketverkehr zu verzeichnen. Schwächer gegen das Vorjahr war u. a. der Verkehr bei den Wertbriefen (- 7,2 Prozent), den Briefsendungen (- 3,9 Prozent), den Wertpaketen (- 3,4 Prozent), den Zahlkarten und Postanweisungen (Zahlungsbil - 3,1 Prozent, Betrag - 8,7 Prozent), den Nachrichten (- 8,1 Prozent), den Gesprächen (- 2,9 Prozent) und den Telegrammen (- 2,7 Prozent). Auch der Verkehr bei den Postaufträgen lag niedriger (- 17,1 Prozent).

Der Postverkehr hat mit dem Jahre 1933 sein 25. Geschäftsjahr vollendet. Der durch die allgemeine Wirtschaftskrise hervorgerufene Verkehrsrückgang ist in der zweiten Hälfte 1933 zum Stillstand gekommen. Die Zahl der Postverkehrsarten ist von 1021 Ende 1932 auf 1029 Ende 1933 gestiegen. Bei 707,2 Millionen Buchungen (+ 0,5 Prozent) ist auf diesen Konten im Kalenderjahr 1933 ein Umsatz von 101,1 Milliarden Reichsmark (- 1,9 Prozent) erzielt worden. Das Durchschnittsguthaben auf den Konten hat im Kalenderjahr 1933 101,6 Mill. Mark betragen, d. h. 0,6 Prozent mehr als im Jahre 1932. Im Telegrafendienst wurde der unmittelbare Fernschreibverkehr und damit eine neue Betriebsart eingeführt, die eine Entwicklungstufe in der Geschichte der Telegrafie darstellt.

Die Finanzlage der Deutschen Reichspost muß noch als gespannt bezeichnet werden. In allen Betriebszweigen wurden die zu Beginn des Rechnungsjahres (1. April) eingelegten Beträge zunächst nicht erreicht. Die Verwaltung war daher im November 1933 genötigt, durch einen Nachtrag zum Voranschlag den ursprünglichen Einnahmesatz um 100 Mill. Mark zu kürzen. Die Ausgaben finden, wie es das Reichspostfinanzgesetz vorschreibt, in den Betriebseinnahmen Deckung.

Rohmaterial für Rüstung

Hochkonjunktur in Schrott, Roheisen, Marschstiefeln

In der Entwicklung des deutschen Schrottansehens hat im letzten Jahre eine vollkommene Wandlung Platz gegriffen. Die Schrotteinfuhr, die während der ganzen Dauer der Wirtschaftskrise infolge fortwährender Produktionsrückbildung in der deutschen Schwerindustrie eine scharf rückläufige Entwicklung aufzuweisen hatte, ist 1933 fast auf das Fünffache des Vorjahresumfanges emporgeschossen, während die deutsche Schrottausfuhr nach vorher stetigem Anstieg im letzten Jahr um rund 40 Prozent zurückgegangen ist.

Mit der nunmehr vorliegenden Dezember-Statistik läßt sich das Jahres-Ergebnis 1933 der deutschen Rohstoffgewinnung überblicken. Sie zeigt gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von annähernd 35 pCt.

Marschstiefel gefragt Knappheit des Leders

Die Offenbacher Lederindustrie berichtet: Schwierigkeiten, besonders im Auslandsgeschäft, haben sich durch die Wechselkurseinstellungen im Aufnahmeverfahren weiter verschärft. Infolge der Dollarkonvertierung macht sich der Wettbewerb der Vereinigten Staaten von Nordamerika überall außerordentlich stark fühlbar; selbst nach Deutschland kommt amerikanisches Leder herein, und zwar zum allergrößten Teil unter den Geschützungsbedingungen der deutschen Lederindustrie. Im Ausland ist ein lebhaftes Geschäft in den für Marschstiefel geeigneten Ledern zu verzeichnen. Die rege Nachfrage nach diesem Artikel hat bereits eine Knappheit des Leders in Betracht kommenden Rohmaterialien zur Folge, so daß dessen Beschaffung neuerdings auf Schwierigkeiten stößt. In leichteren Ledern und Vaddern ist die Nachfrage bei im allgemeinen gedrückten Preisen sehr schwach gewesen.

11 Monate	Einfuhr in Tonnen	Ausfuhr in Tonnen
1929	342 055	217 822
1930	148 791	298 338
1931	87 073	299 292
1932	71 250	274 714
1933	833 277	165 092

Von dem starken Wiederanstieg der deutschen Schrotteinfuhr hat hauptsächlich Belgien gewonnen, das seine Ausfuhr nach Deutschland in den ersten elf Monaten 1933 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von rund 29 000 auf 154 000 Tonnen (Wahrschub ist in diesen Mengen im Gegensatz zu der Gesamteinfuhr und -ausfuhr nicht einbezeichnet) steigern konnte. Anschließ haben sich auch die Importe aus Belgien von 15 000 auf 91 000 Tonnen und aus Großbritannien von 7 000 auf 20 000 Tonnen erhöht.

Schutz den Chinesen!

Wenn Juden und Marxisten im „dritten Reich“ so geschützt würden

Aus Düsseldorf berichtet die Nazipresse: Schärfer als jede frühere Regierung hat sich die völkische Regierung dafür eingesetzt, daß jedem Ausländer im Reiche der Schutz und die Achtung erwiesen werden, auf die er als Gast des Landes Anspruch hat. Zeiten sind glücklichgewesene jene Fälle, in denen ein Deutscher dieses selbstverständliche Gebot in derart grober Form verletzt, wie der Ingenieur X. vor einigen Wochen. In einem Restaurant an der Dyck-Wesel-Straße mißachtete er die Anwesenheit eines Chinesen, der am Nebentisch ruhig sein Bier trank. Er belegte den Chinesen mit Roßnamen wie „Kaffer“ und „dreifache Japs“. Der Chineser, der nur gebrochen Deutsch sprach, erwiderte ruhig, er sei weit herumgekommen in Deutschland, überall sei er mit der größten Höflichkeit behandelt worden; ein Mann, der grundlos so über Ausländer schimpfe, könne seines Erachtens kein Deutscher sein. Diese verdiente Zurückweisung, die eine hohe Anerkennung für das deutsche Volk enthielt, erregte den Ingenieur so sehr, daß er, ein lächerlich gehobener Mensch, sich nicht schämte, über den schwächlichen Kleinen Chinesen herzufallen, dem bei der Kauferei der Angewandten wurde. Andere Gäste riefen die Streitenden auseinander und alarmierten das Ueberfallkommando. Noch auf

der Wache führte der Ingenieur das große Wort und drohte, er werde den Beamten schon das „Deutschdenken“ beibringen. Wegen Körperverletzung vor das Schöffengericht zitiert, erzielte der Angeklagte mit seiner Behauptung, der kleine Chineser, der neben ihm saß verschwand, habe ihn zuerst angegriffen, nur einen Deuterteilererfolg. Auch die Zeugen widerlegten diese Ausrede. Der Chineser, der keinen Strafanspruch wegen der Beleidigungen gestellt hatte, erklärte anständigermode, er habe auch an der Verurteilung wegen der Körperverletzung kein Interesse. Das konnte den Angeklagten nicht retten. Der Staat hat ein sehr starkes Interesse daran, daß Ausländer in Deutschland genau so behandelt werden, wie wir Deutsche im Auslande behandelt zu sehen wünschen, wie liebe Wäse nämlich.

Der Vorstehende geißelte scharf das ungläubliche Verhalten des Angeklagten, der Deutschlands Ansehen im Auslande schwer geschädigt habe. Einem solchen Verhalten könne nur eine ganz exemplarische Sühne gerecht werden; der Angeklagte wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und im Zaale sofort verhaftet. — Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt.

Grundlos „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ in allen Punkten beiderseitig wird. Der unbedeutende Gewinn muß der Regierung für die Allgemeinheit ausreichen, und zwar rückwirkend vom Tage der Nachterstellung ab. Vorkurschläge wäre, den Gewinn für die weitere Belebung der Bautätigkeit zu verwenden. Unsere Grundstückspekulanten könnten dann wenigstens für sich in Anspruch nehmen, durch ihre Geschäfte zur Arbeitsbeschaffung beigetragen zu haben, wie sich das von einem anständigen deutschen Volksgenossen gehört!

Noch ein Rat

In dem Bestreben, das deutsche Handwerk als einen unentbehrlichen Träger deutschen Volkstums in Wirtschaft und Kultur zu erhalten und zu fördern, wird der Reichswirtschaftsminister einen aus zehn Mitgliedern bestehenden Handwerkerbeirat von Meistern und Gesellen einberufen. Dieser soll die Aufgabe haben, den Reichswirtschaftsminister in handwerklichen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu beraten. — Diese Meldung ist typisch, denn in Wirklichkeit hat der Reichswirtschaftsminister beratende Arbeitsräte, den Wirtschaftsrat, die Handelskammern und die Handwerkskammern zur Genüge. Die neue Körperlichkeit ist demnach nur die Aufgabe, dem Handwerk die Augen auszuwischen.

Grundstückspekulanten im „dritten Reich“

Der Senator C. Stölte-Beremünde, Kreisbauernführer für Kommunalpolitik wendet sich in der „Nationalsozialistischen Gemeinde“ gegen die Bauprüfer: „Die kolossale Bautätigkeit ist ein Verdienst unserer heutigen Regierung, die den Bauherren günstige Darlehen und Zuschüsse gewährt. Überhaupt alles Menschenmögliche unternimmt, um Arbeit zu schaffen und auch dem Arbeiter zu einem Eigenheim zu verhelfen. Die erhöhte Bautätigkeit hat naturgemäß auch eine erhöhte Nachfrage nach Baugeländen nach sich gezogen. Das haben die Grundstückspekulanten erkannt. Nach ihrem Grundgesetz Eigenbau geht vor Gemeinnutz“ kaufen sie größere Flächen von Grundbesitz von Leuten, insbesondere Landwirten, die sich in Not befinden, zu einem billigen Preise; denn Grundstückspekulanten können bar bezahlen und Barzahlung drückt den Preis. Die Flächen werden parzelliert und nun mit einem nicht unerheblichen Gewinn weiterverkauft. Am Stadtrand Beremünde haben diese Spekulanten in zahlreichen Fällen einen Gewinn bis zu 300 Prozent zu verzeichnen. Käufer sind Stedler usw., also Leute, die, um sich ein Eigenheim zu schaffen, von der Regierung und den Kommunen unterstützt, aber vorweg von Grundstückspekulanten überhöhter Art ausgezogen werden. Es wird höchste Zeit sein, daß diesen Spekulanten unser

Amerika rüstet auf 54 neue Kriegsschiffe

Die amerikanische Fachzeitschrift „Marine Engineering and Shipping Age“ berichtet, daß die Produktion der amerikanischen Werften 1933 den tiefsten Stand der letzten 25 Jahre erreicht hat. Gegen Ende des Jahres 1933 hat, hauptsächlich infolge der Vergebung großer Aufträge der Admiralität, eine durchgreifende Besserung Platz gegriffen, die die Aussichten der Werftindustrie für das neue Jahr in durchaus günstigem Licht erscheinen läßt. Im vergangenen Jahre wurden auf amerikanischen Werften 20 Handelschiffe mit zusammen 188 000 Tonnen und ein Kriegsschiff von 10 000 Tonnen hergestellt. Der in das neue Jahr übernommene unerledigte Auftragsbestand der Werften umfaßt demgegenüber 44 Handelschiffe mit 66 000 Tonnen und 54 Kriegsschiffe mit 267 000 Tonnen und hat im Vergleich zu den Auftragsbeständen vom Jahresanfang 1933 eine Zunahme um 89 Prozent aufzuweisen.

Wer ist Rechtsnachfolger der Gewerkschaften?

Ueber diese Frage streiten die Herren, die sich in Deutschland Juristen nennen; das letzte Wort ergreift Herr Borchmann-Hamburg. Die D.A.R. ist nach seiner Auffassung nicht Rechtsnachfolgerin, denn: die Aufgaben der D.A.R. sind andere als die der Gewerkschaften. Wirtschaftliche Kämpfe zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird es in Zukunft nicht mehr geben. Damit ist der Hauptzweck der freien Gewerkschaften, nämlich der Kampf um bessere Lebensbedingungen der arbeitenden Masse gegenüber den Arbeitgebern, in Fortfall gekommen. Die D.A.R. hat, meint der Borchmann, das Vermögen der Gewerkschaften gar nicht übernommen, sondern es sei zugunsten der Länder enteignet worden. Wenn die Uebernahme der Gewerkschaften und die Besetzung der Häuser auch ohne Gewaltanwendung vor sich ginge, so kann von einer vertraglichen Vermögensübernahme und damit einer Schuldübernahme seitens der D.A.R. doch nicht die Rede sein. — Wasas heißt deutsches Recht! Die Leute sind zu feig, die Wahrheit zu sagen, nämlich, daß sie gehöhelt haben, und: wenn es gilt, irgend einen Vermögenswert zu nehmen, dann behaupten sie, Rechtsnachfolger zu sein, und wenn sie irgend etwas bezahlen sollen, dann leugnen sie die Rechtsnachfolge. Es sind nicht nur Feiglinge, die nicht den Mut haben zu ihrem Diebstahl zu stehen, es sind auch Vampire.

40 Stunden!

Die Gewerkschaftsinternationale im Kampf

Unter diesem Titel veröffentlicht „Le Mouvement Syndical Belge“, das Organ des Belgischen Gewerkschaftsbundes, an erster Stelle einen Kampf für die vom Internationalen Gewerkschaftsbund für die Zeit vom 14. bis 21. Januar anberaumte internationale Kampagne zur Erhebung der 40-Stunden-Woche, deren Los in diesem Jahre auf der Internationalen Arbeiterversammlung entschieden wird. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Es ist unerträglich geworden, daß der noch in Arbeit stehende Teil der Weltbevölkerung 48 Stunden in der Woche arbeitet, während Millionen von Arbeitern erwerbslos sind. Die organisierte Arbeiterschaft ist fest entschlossen, diesen Zustand nicht länger zu dulden. Wenn die Arbeitszeit nicht verkürzt wird, wird die Arbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung. Die Forderung der 40-Stunden-Woche ist für die Arbeiterschaft eine Lebensfrage. Wir wollen alle unsere Kräfte einlegen, um sie zu erobern.“

„Die Propagandawoche soll eine Massenbewegung werden. Sie soll den Regierungen zeigen, daß die Arbeitszeitverkürzung dem Willen aller Weltbürger aller sozialen Schichten entspricht. Sie soll den Delegierten des Internationalen Arbeitsamtes Mut und Kraft geben in ihrem Kampf zur Verwirklichung dieser Forderung. Durch eine große Massenaktion soll dem Arbeitgeberumgeißelt werden, daß nichts unsere Bewegung aufzuhalten imstande ist. 1931 muß zum Jahre der Eroberung der 40-Stunden-Woche werden!“

Das Asylrecht gefährdet Verhaftung in der Schweiz

Der jetzt in Brüssel erscheinende „Freidenker“, der uns übrigens inhaltlich besser gefällt als in seiner legalen deutschen Zeit, berichtet:

Am 28. November sprach Max Sievers (der Führer des Freidenkerverbandes, Red. d. „F.“) in einer öffentlichen, sehr stark besetzten Versammlung der Freigeistigen Vereinigung in Winterthur. Zwei Tage später wurde er in Zürich, vermutlich auf Verreiben faschistischer Denunzianten mit der Begründung verhaftet, daß ein Anstiftungsversuch der deutschen Behörden vorliege. Dieses bezieht sich auf die verleumdliche, und schon oft in dieser Zeitung behandelte Behauptung, daß S. im D.A.R. Unterstellungen großen Stils verübt habe.

Nach siebentägiger Haft erfolgte die Freilassung, weil sich die Bundesanwaltschaft inzwischen davon überzeugt hatte, daß ein politischer Fall vorliege und kein kriminelles Verbrechen. Die Verhaftung dieser Freilassung wurde ganz zweifellos dadurch beschleunigt, daß der Präsident der Internationalen Freidenker-Union, Dr. Terzaghe, sofort sehr energisch protestierte und die Presse für den Vorfall zu interessanteren verhand. Ebenso trat die Freigeistige Vereinigung der Schweiz in Aktion, deren Sekretär, Genosse Stäger, eine Unterredung mit dem Bundesanwalt durchsetzte. Ihnen allen sei hiermit auf das herzlichste gedankt.

Damit könnten wir über diesen Zwischenfall die Akten schließen, wenn nicht einige Begleitumstände, die hierbei mitspielen, noch eine besondere Erwähnung verdienen.

Daß eine faschistische Denunziation vorlag, war daran zu erkennen, daß die mit der Verhaftung und der Einlieferung berrauten Beamten eine durch nichts gerechtfertigte Gehässigkeit an den Tag legten. Während sie einerseits bemüht waren, eine kriminelle Grundlage zu konstruieren, versuchten sie andererseits Sievers als Kommunisten abzumalieren. Während der Haft ging es nicht besser. Die belästigenden und berechtigten Wünsche wurden unter Berufung auf die Hausordnung abgelehnt, gleichzeitig aber Einsichtnahme in diese verweigert. Zugehörnisse, die von übergeordneten Stellen gemacht wurden, ignorierten die unteren Organe aus eigener Machtvollkommenheit. Als bereits der Freilassungsbefehl vorlag, wurde noch die nur bei kriminellen Verbrechen zulässige „Ordnungsdienliche Behandlung“ vorgenommen. Unseren Schweizer Freunden ist in ihrem eigenen Interesse anzuraten, sich ihre Beamten im Polizeiförder recht genau anzusehen. Es scheint dort bereits mehr Faschisten zu geben als sie ahnen.

Hans Hartmann Apostata

Es war nach dem Umsturz von 1918. In Westdeutschland verbreitete sich die Kunde von einem jungen protestantischen Pfarrer Dr. Hans Hartmann, der mitten im Solinger Industriegebiet durch seine Reden eine magische Anziehungskraft auf die sehr radikalen sozialistischen Arbeitermassen seines Bezirkes ausübte. Er sprach von der Kanzel, am Vortragspult, in politischen Versammlungen. Elegant und kühn zugleich, leidenschaftlicher Pazifist und Ankläger gegen das Kanonenchristentum, Sozialist aus religiösem Ethos, um den sich bald eine Bewegung sammelte.

Er redete nicht nur: er schrieb auch in flüssig bekennender Haltung. Der Name des Lizentiaten Dr. Hans Hartmann tauchte in vielen sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften auf. Es gab keine „Frage“, zu der er nichts zu sagen wußte. Er schrieb mit schillernder, leicht verschwommener Dialektik und betätigte sich in der sozialistischen Kulturbewegung als Lebensgestalter. Schließlich wurde er von der Kirchenbehörde von seinem Posten enthoben.

Zugegeben, daß für Dr. Hans Hartmann nun eine harte wirtschaftliche Notzeit begann. Aber was tat er nun? Er antichambrierte in allen sozialdemokratischen Zeitungsredaktionen und überschüttete sie mit Aufsätzen, die zu Rundfunkvorträgen verarbeitet wurden. Er erbat die Hilfe des sozialdemokratischen Parteivorstandes, bewegte sich mit der Sicherheit eines Voltgeurs in der Welt der parlamentarischen Beziehungen und ließ sich von den einflussreichen sozialdemokratischen Abgeordneten Empfehlungen ausstellen, die ihm ausgedehnte Reisen und Informationen ermöglichten. Er schrieb Buch um Buch, zuletzt interessiert für die internationale Jugendbewegung, immer leidenschaftlicher Sozialist mit den Flammenzeichen der demokratischen Anlese im Herzen.

Bisher ist dieser Bericht nicht interessant. Er wird es erst im Vergleich zu dem Hans Hartmann nach dem 30. Januar 1933. Denn dieser ehemalige Kriegsdienstverweigerer marschiert seither festlich im gleichen Schritt und Tritt zur Pauke der Macht. Sein Ethos schwört nicht mehr zum Land Orplid der sozialistischen Lebensgestaltung, sondern er hält sich an die griffigen Realitäten gegenwärtiger Erwerbquellen. Der einstige hellstimmige Freiheitsheld, bewegt von der persönlichen Verantwortung derer um Kant und

Fichte — wir sehen ihn versunken auf den Gebetsteppichen des „totalen Staates“.

In Saarbrücken hat er in diesen Tagen wieder gesprochen. Im Kaufmännischen Verein. Sein reicher Schatz an Klingelphrasen bekennt sich zur „unaufhaltsamen Dynamik der Frontgeneration“. Er hat den Duce in Natura gesprochen, hingerissen vom Führergedanken, nun mit blau-treuem Auge Adolf Hitler zugewandt, der die Welt regeneriert. Zufällig lasen wir in diesen Tagen eine Rede Hartmanns, gehalten zu Pfingsten 1928 auf einer sozialistischen Tagung zu Heppenheim. Hier sagte er („Sozialismus aus dem Glauben“, Rotapfelverlag Zürich, Seite 105) unter anderem wörtlich:

„Wir hören vielmehr im Sozialismus eine Frage Gottes an uns, die lautet: was ist damit gemeint, daß sich im Klassenkampf so schreckliche Dinge offenbaren? Wir können sie von uns aus nicht beantworten, nichts Endgültiges sagen. Wir können nur sagen, daß das Schreckliche, das im Menschen ist, offenbar ist, ebenso aber auch die Hoffnung, die in ihm ist, und zu der er aufgerufen wird, und von da aus tasten wir uns dann weiter...“

Nein, das Schreckliche im Menschen hat sich Dr. Hans Hartmann nicht offenbart. Nur das Niedrige. Und von da aus tasten wir uns dann weiter — wahrhaftig, auch er hat neues Terrain gewonnen. Nicht nur ein Typus des Verrats und der Verleugnung, sondern der schlimmeren und verächtlicheren des Miterfinders von Ideologien, die ihre Inhaber öffentlich zur Rede- und Schrifterlaubnis legitimieren sollen, daß sie schon immer heimlich Adolf Hitler verschworen gewesen seien.

Der Teufel kann einen Pfarrer lehren. Und so spricht denn dieser Hartmann, der einstige Rebell wider die Herzensstränge des offiziellen Protestantentums, heute mit der gleichen schmiegsamen und öligen Stimme jedes aktuell erforderliche Lob eines Staates aus, das seine Freunde und Helfer von früher ausstößt, verfermt, fängt und verhaftet. Einst träge Herzen — heut fleißige Peitschen! Ein aktivistischer Lizentiat sieht die Welt endlich voller Aktivität und Jugendkraft und hat heimgefunden zu seinem Gott.

Andreas Howald.

Großes Tier

Sein Name wirkt auf viele magisch,
Denn manchen gilt er als Genie.
Er selber nimmt sich furchtbar tragisch
Und sagt dem Herrgott „Sie“.

Wenn er bei Sommerhitz hustet,
Dann macht das Ganze Halt,
Bis irgend so ein Lecker pustet
Und haucht: „Fürwahr, 's ist kalt!“

Er kann den größten Unsinn schwagen —
Den Leuten scheint er tief —
Sie lärmern staunend mit den Tagen
Und gucken sich ganz schief.

Er läßt sich keine Feier nehmen
Und geht stets ohne Frau;
Er würde sich vor ihr nur schämen —
Sie kennt ihn zu genau...
Max Randstein.

1845 - 1933

Alles ist wieder da

1845. „Serenissimus hat die hohe Gnade zu haben geruht, die Wehrmänner zu Hirschberg, sechs an der Zahl, welche zu dem in Tonna ausgebrochenen Feuer geeilt und mit der aufopfernden Bereitwilligkeit Dienste geleistet hatten, öffentlich, vor der Front Allerhöchstselbst gnädigst zu beloben und dem ältesten derselben (nachdem er sich durch den Tauschein als solcher ausgewiesen) zum Zeichen Allerhöchstlicher höchsten Zufriedenheit und Anerkennung höchstehändig die Hand zu reichen.“ Amts- und Regierungsblatt für das Fürstentum Reuß-Lobenstein-Ebersdorf. — 1933. „Das Staatsministerium überreichte dem 69jährigen Invaliden Ottenbacher in Weiblingen, der ein Kind vor dem Ertrinken rettete, zwanzig Mark.“ (In der württembergischen Presse.)

Kotz

Ein Nazi-Katechismus

Soeben erschien von einem Mann, der mit Recht den imperialistischen Namen Alfred Kotz führt, ein Buch: „Führen und Folgen, ein Katechismus für Hitler-Soldaten“. Dieses kriegshetzerische Buch preist sich so an: „Vergleichbar dem „Deutschen Volkskatechismus“ von E. M. Arndt und dem „Katechismus für einen jungen Deutschen“ von Heinrich von Kleist... Frontkämpfergeist wird beschworen für die, die an die Front im Ringen um ein neues Deutschland und um einen neuen deutschen Menschen rücken. Für dieses Ringen wird „Führen und Folgen“ zum Vademecum, das im Tornister mitgetragen wird.“

Acische Musik und Malerei

Jüdische Studenten: 1,5 Prozent.

Nach einem Erlaß des Preussischen Unterrichtsministeriums darf die Zahl jüdischer Studierender an staatlichen Kunstschulen und Akademien, Meisterateliers, Hochschulen für Musik und den Meisterschulen für musikalische Komposition 1,5 Prozent sämtlicher Studierender nicht übersteigen. Der jüdische Bewerber muß obendrein den Nachweis führen, daß sowohl er wie seine Vorfahren in enger Beziehung zum Deutschtum gestanden haben. Anspruch auf Zulassung zum Studium besteht nicht.

Zeit-Notizen

Küthe-Kollwitz-Schule umbenannt. Die frühere Küthe-Kollwitz-Schule (Gymnasium am Richardplatz in Neukölln) ist durch Verfügung des Kultusministers in Martha-Gunkel-Schule umbenannt worden.

Beim Antikriegs-Preiswettbewerb der Internationalen Vereinigung revolutionärer Schriftsteller in Moskau wurden 17 Werke (deutsche, tschechische und ungarische) mit Preisen ausgezeichnet. Der erste Preis wurde unter die beiden reichsdeutschen Schriftsteller Fritz Erpenbeck und Joh. R. Becher aufgeteilt. Den zweiten Preis (für Lyrik) erhielt die neunundzwanzigjährige Wiener Schriftstellerin Klara Blum für das Gedicht „Ballade vom Gehorsam“.

Die braune Layer. Hofrat Dr. Layer, der Professor für Staatsrecht an der Universität Wien, ist auf eine staatsrechtliche Professur an die Universität Köln berufen worden. Er soll hier den braunen, nach Berlin berufenen Karl Schmitt ersetzen. Professor Dr. Layer ist bekanntlich von der österreichischen Regierung zwangspensioniert worden, weil er die Heldentaten der Nazi-Studenten an der Wiener Universität billigte.

Adreßbücher bedürfen der Genehmigung. „Sämtliche Verleger von Adreßbüchern, Jahrbüchern, Kalendern usw., mit Anzeigenteilen, deren Werke nach dem 1. Januar nicht wieder erschienen sind, müssen für die Weiterherausgabe die Genehmigung zur Wirtschaftswerbung einholen.“ Der Termin zur Einreichung war der 13. Dezember.

Pädagogische Frauenarbeit geschlossen. „Die Deutsche Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit, Berlin W 30, Barbarossastraße, ist geschlossen.“

Verboten wurden Kriminalpolizeiblatt 1709 folgende Druckschriften: „Junge Garde“ Nr. 19; „Sokol“ (Warschau); „Lienzer Nachrichten“ (Lienz, Tirol; christlichsozial); Bernhard Handmann „Der Diktator“, Verlag Wahrheit und Recht, Groß-Jena bei Naumburg; „Bruin Boek“, Verlag Scheltens & Giltag, Amsterdam; das „Aarauer Tageblatt“ ist ab 1. Dezember wieder erlaubt.

Verboten laut Kriminalpolizeiblatt 1734 und 1735 wurden folgende Druckschriften: „Slověnsky Prehled“ (Prag); „Aero-Preß“ (Prag); „Bezdez“ (Leipa, Tschechoslowakei); „Deutsche Arbeiter-Presse“ (Wien); „Der Land- und Forstarbeiter“ (Sass, Tschechoslowakei).

Hauptmann sah den Retter

Gedenkwoche eines deutschen Dichters an Friedrich Ebert

Wenn ich über den ersten deutschen Reichspräsidenten sprechen soll, so kann es nur unzulänglich sein. Es sind Männer genug da, welche seine Verdienste kennen, in ausführlicher Weise darzustellen tüchtiger sind. Aber auch eine Menge Menschen sind vorhanden, die solche Verdienste recht gut kennen, aber verschweigen und, schweigend, verunglimpfen lassen. —

Für mich ist Friedrich Ebert ein warmherziger, ganzer Mann, ein ebenso warmherziger, ganzer Deutscher und ganzer Mensch! Herkunft, Kenntnis eines Handwerks oder Unkenntnis eines Handwerks sind dabei, trotzdem Kenntnis immer vor Unkenntnis steht, Nebensache. Die Aufgaben, welche Friedrich Ebert beim Antritt seines hohen Amtes fand, nahe-liegende, unabweisliche, gewaltige, furchtbare Aufgaben, hat er mit breiter Kraft, breiter Güte und fester Entschlossenheit, als großer Staatsmann, gelöst und ist dadurch zum Retter Deutschlands in schwerer Not geworden. Fern sei es mir, mich den unsterblichen Mächten des finsternen Undanks anzuschließen! Lieber will ich mit dem Dank sterblich sein. Friedrich Ebert, bei dem man tief erschüttert an die Baracke denken muß, in welcher der große Lincoln das Licht der Welt erblickte, hatte nicht nur die Führereigenschaften des Verstandes, sondern ebenso die des Herzens. Mit dem Herzen umfaßte er Volk und Vaterland: beide haben

sein Opfer gefordert. Ehre deshalb für immer seinem Andenken in jedem wahrhaft deutschen Herzen!

Gerhart Hauptmann.

Diese Worte stehen in „Friedrich Ebert und seine Zeit. Ein Gedenkwerk über den ersten Präsidenten der deutschen Republik“, Dr. Wilhelm Glaß u. Vo., Verlag Charlottenburg, Seite 71. Geschrieben wurden sie vor acht Jahren, damals, als Friedrich Ebert von der nationalistischen Meute niedergedrückt worden war.

Eine heroische Szene kommt uns in Erinnerung. Im Herbst 1922 feierte Gerhart Hauptmann seinen 60. Geburtstag. In Breslau waren die Hauptmann-Festspiele. Im alten Rathause wurde der Dichter von Friedrich Ebert in den Saal geführt, der aus Berlin zu diesen Veranstaltungen gekommen war. Beide standen lange beieinander im festem Händedruck. Derselbe Hauptmann hat kürzlich ebenso fest und ebenso lange diejenige Adolf Hitlers gedrückt. Stände der Dichter heute vor der Bahre seines neuen Führers, forderte man ihn auf, einen Nachruf zu schreiben: er könnte das Manuskript von 1925 für Friedrich Ebert verwenden, ohne viel zu ändern.

Es soll der Dichter mit den Rettern gehen. Immer mit dem Herzen! Die sanften Augen Gerhart Hauptmanns blicken bereits wie diejenigen von Lynkeus, des Türmers, in die Ferne: bitte, der Nächste!

Zucke zackig, deutscher Mann!

Marschmusik zur Arbeitsschlacht

Welches die Aufgaben der „Deutschen Arbeitsfront“ sind, ist hinlänglich bekannt. Für ihre bekannten Schlachten hat nun ein Genie namens Piepner-Clausen einen „Marsch der deutschen Arbeitsfront“ komponiert und widmete ihm dem Dr. Ley. Mit Recht, denn — wie es im Waschzettel dazu heißt — „die Musik ist zackig, aber so leicht zu singen, daß sie jedem im Ohr haften bleibt“. Sie enthält „schmissige Marschteile, anfeuernd, wuchtig und hinreißend, die das bekannte Zucken hervorrufen“.

Zwischen Arbeitsschlacht und Zacken und Zucken, zwischen A bis Z und den Ansichten des Herrn Röhm bis zu den Zentnerladungen des Herrn Ley geht dieses Alphabet neudeutscher Kunst „triumphal und hymnusartig“ seinen Weg des Abfalls von menschlicher Gesittung und es geht in im Marschtakt der Trommeln und Festgesänge der Zulukaffern.

Deutsches Erziehelerben

Nur NS-Lehrerbund — alles andere streng verboten.

Dr. Robert Ley verfügt: Wie der NS-Lehrerbund, der neun Zehntel aller deutschen Erzieher als Einzelmitglieder umfaßt, mitteilt, ist zur Klärung und Vermeidung von Mißverständnissen endgültig von der PO. folgende Verfügung getroffen worden:

1. Der NSLB. ist die parteiamtliche Organisation des deutschen Erziehelerbens. Er umfaßt alle als Mitglieder im NSLB. organisierten Erzieher.

2. Die in ihm befindlichen eingeschriebenen Mitglieder der NSDAP. sind im Amt für Erzieher (NSLF.) zusammengefaßt und erhalten ihren gesonderten Ausweis. (Mitgliedsbuch),

3. Die vom NSLB. getroffene Gliederung der Gauen, Kreise und Ortsgruppen, sowie die entsprechend gegliederte Facharbeit der Abteilung „Erziehung und Unterricht“ gelten als zuständig.

4. Nochmals wird die Rückkehr aufgelöster oder in Auflösung befindlicher Verbände strengstens verboten.

5. Selbständige in den NSLB. als Fachschaften nicht eingegliederte wissenschaftliche Fachverbände können mit den gleichlaufenden Fachschaften der NSLB. zum Zwecke der Verwertung ihrer Leistungen in Verbindung treten.

„O du Fröhliche“

Wörtliches aus dem Reiche der Nazi-Christen

„Unlängst ging eine kleine Notiz durch die Zeitungen, die gewißlich einige empfindsame Seelen wieder in sanfte Wallungen gebracht haben wird: die Post bat, von Weihnachtspaketendungen an Strafgefängnisse Abstand nehmen zu wollen, da solche Sendungen nicht zugestellt würden. Gewiß: eine ernste und strenge Maßnahme für die, die es trifft, und doch nichts anderes, als eine bitter notwendig gewordene Reaktion gegen den, jedem gesunden Volksempfinden hohnsprechenden Humanitätsdusel, der schließlich und endlich selbst in jedem Verbrecher nur noch das bemitleidenswerte Opfer einer mangelhaften Erziehung, einer schlechten Zeit oder einer überkommenen „sozial“ bestimmten Willens- und Wollensrichtung sah. Mit dieser Einstellung hat die nationalsozialistische Regierung sofort und — im Interesse der Sicherheit und Sauberkeit und Ordnung im Staate — in scharfer Weise gebrochen!“

Westdeutscher Beobachter, 3. Jan.

Pariser Berichte

Bei der Pariser Polizei ist nach Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten, Chiappe und dem Seinepräfekten, an denen auch der Chef der bekanntlich städtischen Polizei teilnahm, die Aenderung getroffen worden, daß ein Teil des Nachrichtendienstes dem Innenministerium direkt unterstellt wird.

Das Matteotti-Komitee erhielt Vorschüsse vom Verwaltungsrat der sozialistischen Partei. Der Verwaltungsrat beschloß ferner entgegen dem Standpunkt Grumbachs und unter Zustimmung von Zyromsky, Farinet und anderen, eine Verhandlung mit der Partei der Einheit des Proletariats über die Bedingungen der Vorverhandlung über die Einheit der Arbeiterparteien.

Die Pariser Oper überließ der Budapester das Manuskript einer Früharbeit von Franz Liszt „Don Franche“, die er mit vierzehn Jahren komponierte.

Die Bürgermeister von Seine-et-Oise waren in Versailles versammelt und verlangten Verlängerung der Schulzeit und Reglung der Handarbeit von Ausländern.

Der in die Stavisky-Affäre verwickelte Pariser Theaterdirektor Hayotte führt in „Fachkreisen“ den Spitznamen „Fred Hirlem“, das Gefängnis in Boyonne heißt „Villa Chagrin“ (Villa Kummer). Dubarry soll nach der Anklageschrift von Stavisky zwei Millionen erhalten haben. Aymard, der Exdirektor der „Liberté“, 55 000, und dem Abgeordneten des 3. Pariser Bezirks Bonnaure soll der Abenteuer die Wahlkosten und eine Schneiderrechnung über 15 Mille bezahlt haben, damit er in Budapest bei Emmy von Nagy vornehm auftreten konnte.

Der Direktor des Pariser Stadtkredits hat beruhigende Versicherungen über die Sicherheit der Pfandhäuser abgegeben. Der Skandal von Bayonne sei nur möglich gewesen, weil der Maire mit im Spiele war.

Spitzel in Paris!

Die französische Öffentlichkeit ist stark beunruhigt, weil abermals eine Spionage-Affäre vorgefallen ist. Diesmal ist Thionville (Diedenhofen) in Lothringen der Schauplatz. Sehr interessant ist, was M. de La Palisse in der Pariser Zeitung „Le Journal“ dazu bemerkt:

„Die Spionage an der Grenze ist sicher nicht die einzige, nicht einmal die gefährlichste. In den zweifelhaften Kreisen von Paris sind Agenten des Auslandes auf Horchposten, und die Sitteverwilderung ist ihr Pfand. So beschränken

Allgemeine DEUTSCHE POLIKLINIK

17, RUE DE CLICHY
TEL. TRINITE 15-75

Chefarzt Professor WENSTEN

1) ORDINATION DURCH SPEZIALKRÄFTE für innere, Chirurgische, Frauen- und Kinderkrankheiten, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Augen, Ohren, Nasen- und Halskrankheiten, Geburtshilfe. 2) INNERE Klinik. 3) CHIRURGISCHE Klinik. 4) GEBURTHILFICHE und GYNÄKOLOGISCHE Klinik

Sanatoriums-Gebäude mit der allermodernsten Einrichtung.

ORDINATION: (auch für Privatkranken) täglich von 1 bis 8 Uhr. Sonntags und Feiertage von 10 bis 12 Uhr

sich die schlechten Sitten nicht darauf, die Stadt zu verderben, sie entzweifeln sie auch.“

Diese Klage über das Spitzelwesen ist sehr deutlich, und in der Woche der Stavisky-Enthüllungen, bei denen auch gewisse Umtriebe aufgedeckt wurden, kommt sie auch zu rechter Zeit. Man weiß ja, wer gemeint ist.

Große Konzerte

Sonntag, 14. Januar 1934

17 h Théâtre des Champs-Élysées **Concerts Pasdeloup**. Dirigent: P. Coppola. Solistin Margarete Lawrence (Sängerin). Programm: Werke von Lalo, Aubert, Chausson, Gaubert, Roussel, Bruneau, Strauß.

17 h 15 Théâtre du Châtelet **Concerts Colonne**. Dirigent: Paul Paray. Solist: Georg Kulenkampf (Violine). Werke von: Bach, Beethoven, Chabrier, Ravel, Glazounov, Rimsky-Korsakov.

15 h Auc. Conservatoire Société des Concerts. Dirigent: Ph. Gaubert. Solisten: Marg. Soper (Sängerin), Jacques Férier (Pianist). Werke von: Mozart, Beethoven, Weber, Wagner.

15 h Salle Gaveau **Concerts Lamoureux**. Dirigent: Albert Wolff. Solisten: Elisabeth Schumann (Sängerin), Firmin Touche (Violine). Werke von Bach, Beethoven, Schubert, Brahms, d'Indy, Lalo, Marelli.

17 h 15 Salle Pleyel **Orchestre Symphonique de Paris**. Dirigent: Pierre Monteux. Solisten: Moxtelli & de Trévi (Gesang). Richard-Wagner-Programm.

11 h 45 Ecole Normale (78, rue Cordinet) **Concerts Dubrulle**. Dirigent: E. Dubrulle. Solisten: Monique Deshayes & J. J. Hillier (beide Pianos). Werke von: Bach, Haydn, Mozart, Schubert, Grieg, Pierné, S.-Saens, Debussy.

Pelze-Kramer
97, Grand'rue
nur 1. Stock
STRASBOURG

Große Auswahl in Pelzkragen ab 26 Fr., Pelzjacken ab 175 Fr., Pelzmäntel ab 506 Fr., Isab.- und Skunksfüchse ab 156 Fr., Skunk-Collars und Echarpes ab 506 Fr., Reparatur. 30% Ermäßigung 1421

Auch die „Kleine Anzeige“ in der „Deutschen Freiheit“ bringt Erfolg

Emigrant

Kaufmann, tüchtiger Verkäufer, vielseitig, sucht in einigen tausend Fr. tätige Beteiligung oder Einlage gegen feste Bezüge. Angebote unter E. W. Nr. 123 an die DEUTSCHE FREIHEIT

In einem der schönsten Vororte Londons mit ausgerechneter Verbindung zur City 1/2 Stunde zur Bank! In eine gut besetzte deutsche 184. Pension unter besonders günstigen Bedingungen sofort abzugeben. Besitzer erkrankt. Sehr wenig Kapital erforderlich. Gute Existenz für tüchtige Frau. Etl. Angebote erb. a. d. „Deutsche Freiheit“ unter Nr. 148

20 Jahre Weltgeschichte in 700 Bildern!

Einleitung von Fr. Sieburg

Gelagenheits-Angebot statt 29,30 Fr. jetzt nur 8,55 Fr. Sofort zu beziehen durch

BUCHHANDLUNG der

„Volksstimme“
Sauerbrücken, Bahnhofsstr. 32
Sauerbrücken, Hüttenbuschstr.

Strasburger Wochenbericht

Strasburg, 12. Januar 1934.

Gefährdete Sittlichkeit

Der Präfekt des Bas-Rhin erließ eine Verordnung, die bestimmt, daß Zeitschriften und Fotografien sowie Veröffentlichungen, deren Inhalt gegen die guten Sitten verstößt oder obszöne Wirkungen ausübt, in Kiosken und Buchhandlungen, sowie auf der Straße nicht mehr öffentlich angeboten werden dürfen. Das Verbot gilt auch für Reklamschilder obszöner oder zweideutiger Art. Die Verordnung soll dem Schutz des Publikums und der heranwachsenden Jugend dienen.

Nazimann erschießt sich auf der Rheinbrücke

Vor einigen Tagen spielte sich auf der Rheinbrücke nach Kehl ein aufregender Vorfall ab. Der Naziführer Springmann aus Kehl erschoss sich mit seinem Dienstrevolver auf der Brücke, etwa 20 Meter vom deutschen Zollhaus entfernt. Springmann soll in Kehl einer der Hauptakteure in der NSBO. gewesen sein. Den Grund für seinen Selbstmord, für dessen Verübung er sich nicht nur rein zufällig auf die Rheinbrücke begeben haben dürfte, soll einerseits in der Uebergehung Springmanns bei der allgemeinen Pöstchenverteilung zu suchen sein; andererseits aber auch in gewissen Vorwürfen, die er sich mit Geldern der NSBO. habe zuschulden kommen lassen. Gewollt oder ungewollt hat Springmann mit seiner Tat einen Beweis mehr für die wunderbare Ordnung im „dritten Reich“ geliefert, für das sich die Elsässer absolut nicht begeistern können.

Kali, Erdöl und Tabak

Die elsässischen Kaligruben haben zwar ihren Jahresabschlussbericht für 1933 noch nicht veröffentlicht, doch läßt sich jetzt schon überblicken, daß die Produktion gegenüber dem Vorjahr um geringe Mengen gesunken ist. Die Ausbeute an reinem Kali dagegen ist gestiegen. Der Verkauf überstieg sogar den vorjährigen um 45 Prozent, so daß die großen Lagerbestände beinahe restlos umgesetzt werden konnten. In der Kaliindustrie finden jetzt noch rund 7000 Arbeiter Beschäftigung, die Feierschichten konnten verringert werden. Bleibt der Absatz auch in diesem Jahr dem vorjährigen nur gleich, so wird er eine wesentliche Steigerung der Produktion im Gefolge haben. Man beurteilt in Fachkreisen die Lage als durchaus günstig.

Die Nachrichten über bedeutende Petroleumlager im Sundgauer, vom Rhein bis in die Belforter Gegend, nehmen gegenwärtig erstersten Charakter an. Man schätzt die Ergiebigkeit der Lager für ebenso groß, wie die der Lager in der Pechelbronner Gegend, in der bekanntlich schon ganz erhebliche Mengen Petroleum zutage gefördert werden. Ob die Ausbeute der Sundgauer Vorräte bald beginnen wird, steht noch nicht fest.

Die Delegierten der elsässischen und lothringischen Tabakpflanzer diskutierten dieser Tage in Strasburg die Kontingentierung des Tabakbaues. Nach langwierigen, oft sehr erregten Debatten, in denen die verschiedenen Wünsche vorgetragen wurden, einige man sich darauf, die Kontingentierung nach dem Prinzip der Qualität vorzunehmen, überließ aber dem Vorstand die Ausarbeitung der einzelnen Vorschriften.

13 000 Franken auf dem Zentralfriedhof verloren Eine ehrliche Finderin

Ein hiesiger Geschäftsvertreter verlor kürzlich auf dem Zentralfriedhof 13 000 Franken. Er bemerkte seinen Verlust erst vier Tage später. Er bemerkte seinen Verlust, als er bei seinem Besuch auf dem Fundbüro in der Blauwolkengasse die 13 000 Franken wieder erhielt. Ein 18jähriges Fräulein Rosenfelder aus Neudorf war die ehrliche Finderin, die von dem Verlierer mit einem ordentlichen Finderlohn bedacht wurde.

Der verhinderte „Globetrotter“

Die Polizei nahm einen 32 Jahre alten Deutschen fest, der sich als „Globetrotter“ ausgab und durch den Verkauf von Ansichtskarten, auf denen Leistungen verzeichnet waren, die er nie vollbracht hatte, tägliche Einnahmen von über hundert Franken verschaffte. Nun sitzt er in Haft und begegnet damit vielleicht seinem ersten größeren Erlebnis.

Eine Abtreibungsaffäre

Vor einigen Tagen wurde ein hiesiger Arzt verhaftet, dem verschiedene Fälle von Abtreibungen nachgewiesen werden konnten. Die Affäre, die bis jetzt drei Verhaftungen nach sich zog, hat allgemeines Aufsehen erregt.

Kleintierausstellung

Das Syndikat des Sociétés d'Avicultures du Bas-Rhin veranstaltet vom 13. bis 15. Januar seine VII. nationale und internationale Ausstellung für Geflügel, Kaninchen und Tauben zu Straßburg auf dem Wacken.

Pris d'Armes

Auf dem Place Broglie findet am 18. Januar, vormittags 10 Uhr, eine Truppenparade statt.

Eine Greisin beinahe verbrannt

In der rue Vauhan kam eine 84 Jahre alte Frau mit ihren Kleidern dem Ofen zu nahe. Im Nu stand sie in hellen Flammen. Dem Umstand, daß sofort Nachbarn herbeieilten, die die Flammen erstickten, verdankt die Greisin ihr Leben. Sie wurde mit nicht allzu schweren Brandwunden ins Krankenhaus eingeliefert.

„Volksfront“ nicht mehr ganz solide

Die eigenartige kommunalpolitische Koalition, die — aus oppositionellen Kommunisten, Autonomisten und Katholiken besteht — hier seit Jahren an der Macht ist, scheint einen Knack bekommen zu sollen. Im kommunistischen Oppositionsorgan wird in mehreren Aufsätzen die neue Richtung der KPO. begründet. Dabei kommen die Koalitionspartner arg in die Enge und es scheint so, als wollte die KPO. in Zukunft ihren kommunistischen Prinzipien leben, was natürlich die Sprengung der „Volksfront“ bedeuten würde.

Sparen ist Trumpf

In der Woche vom 2. bis 6. Januar leisteten 5524 Sparer bei der städtischen Sparkasse Gesamteinlagen in Höhe von rund 7 Millionen Franken. Allein 307 neue Sparer legten in dieser Woche den Grundstock zur Schaffung eines kleinen Kapitals. Frage: Welche Sparkasse aus dem „dritten Reich“ vermag ein ähnlich günstiges Resultat zu melden? Hier „verlorenste Demokratie“, dort „neudeutscher Aufbau“.

Theater, Kinos, Konzerte

Das Programm im Theater municipal wies in dieser Woche neben dem musikalischen Drama „La Danseuse de Tanagra“, den deutschsprachigen Lustspielen „Weh dem, der lügt“, sowie „1, 2, 3 — Sonper“, dem „Land des Lächelns“ und einer elsässischen Darbietung eine Galavorstellung des Ensembles Karsenty von der Comédie Française, Paris, mit „Le bonheur“ auf. — In den Kinos wird man in der kommenden Woche zwei gute deutsche Filme mit den aus Deutschland verbannten Elisabeth Bergner und Siegfried Arno sehen.

Der Meistergeiger Adolf Busch aus Basel und der berühmte Pianist Rudolf Serkin bestritten das dritte Konzert der Société de Musique de Chambre Strasbourg. Während am Freitag, 19. Januar, Elisabeth Schumann und Magda Tagliafero im 3. Konzert der Sie Philharmonique de Paris auftraten. Mit einer umfangreichen Ausstellung seiner Arbeiten, die einen Ueberblick über sein geniales Schaffen geben, ehrt man gegenwärtig im elsässischen Kunsthaus den jungst verstorbenen Strasbourger Maler Leo Schuug. E. D.

BRIEFKASTEN

Dr. M., Basel. Den „Grüßliker“ legen wir uns zurück. Wir werden gelegentlich auf das Material zurückgreifen.

Besitzer. Sie teilen uns mit, daß der protestantische Bischof in der Kirche für den Reichspräsidenten, den Reichsminister und die Reichsgesetzgeber beten läßt. Warum nicht? Wenn ihr doch der Geist Gottes, wie er ihn läßt, dazu treibt? Wilhelm traut aber aufstehend dem deutschen Volk noch nicht recht und steht trotz der Reichsgebiete in Holland. Er war immer ein vorbildlicher Mann, trotz seiner unvorsichtigen Reden.

„Zaar-Itom“. Daß Saarbrücker Nachrichten beschränkt sind, weil die Regierungskommission des Saargebietes einige ungewisse, aber feindselige die Zeitungen in ihrer Existenz bedrohende Beschränkungen der Pressefreiheit getroffen hat, bedrückt nicht. Bedrückt durch maßlose journalistische Auswüchse der Nazis. Man schreibt die braune „Zaar-Itom“!

Der Bericht der Regierungskommission, der uns von dieser Seite her zur Kenntnisnahme gebracht wurde, verhält sich zunächst einmal die grundsätzliche Ermögung, ob es für eine Regierung, die doch nur auf den befristeten Abruf von 15 Jahren besteht ist, überhaupt mit derartigen Zwangsmaßnahmen arbeiten darf. Als Anhänger einer Pressefreiheit, wie sie zum Vobe und Wohle des deutschen Schriftstellershandes nun endlich im neuen deutschen Schriftstellernachverant ist, müssen wir der Regierungskommission dieses Recht, das sie seit Jahr und Tag für sich in Anspruch nimmt, bekräftigen.

Wenn nun die Regierungskommission die Diktatorische „Freiheit“ im Saargebiet einführt? Dann wäre es über Nacht mit der Nazi-Prese vorbei. Genau wie früher im Reich, so sind jetzt im Saar-gebiet die Nazis Anführer der angepöbelten Demokratie.

Strasbourg

Der modernste Salon de Coiffure pour Dames

CHEZ ARMAND

Unter den Gewerbslauben 75
(1. Stock :: Telefon Nr. 44.10)

Dauerwellen nach neuest. System 50.-
6 Monate Garantie

Haarfärben mit Ineclo 30.-

Biondmachen der Haare 15.-

Sämtliche Arbeiten werden nur von ersten Spezialisten ausgeführt, da ich in meinem Salon nur erste Kräfte beschäftige.

Geöffnet den ganzen Tag v. 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends

Bei Verzögerung dieser Anzeige erhält jeder Kunde eine Fröhen gratis.

AGENCE LIBERTÉ

2, petite rue d'Austerlitz
STRASBOURG

Generalvertretung der

„Deutsche Freiheit“

für Elsass-Lothringen

Annahme von Abonnements und Inseraten:
LIBRAIRIE POPULAIRE, 2, rue Sédillot Strasbourg
(Hinter der Börse)

ABONNEMENTENWERBER in allen Orten des BAS-RHIN und HAUT-RHIN sofort gesucht.

Das Neueste

Dns. Stettin, 12. Jan. In dem Nord in der Sannierstraße erfahren wir noch, daß der in das Krankenhaus befahrungsgelassene jüngere Bruder des getöteten Hugo trotz einer großen Menge Heronal genommen hat. Außerdem hat er eine tiefe Schnittwunde in der rechten Hand. Er ist immer noch befahrungsgelassene, so daß an seinem Auskommen zweifelhaft wird. Es dürfte demnach die Vermutung zutreffen, daß der jüngere Bruder den älteren erschlagen hat.

Am Geburtshaus des Ministerpräsidenten und Reichsministers Hermann Göring wird am Sonntag eine Gedächtnisfeier abgehalten. Was soll dieser Anlaß? Das Volk wird diesen blutigen Verbrecher nur im Gedächtnis behalten. Viel länger als diese Gedächtnisfeier das Haus verunzieren wird.

In Feldmoching bei München wurde am Donnerstag in ihrer Wohnung die Ehefrau Anna Wagner mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Im Nebenzimmer lag gleichfalls tot ihr Vater vor dem Bett. Neben der Frau lag verendet ein Schäferhund. Der Greis hat offenbar versucht, ins Freie zu gelangen, ist aber dann kraftlos zu Boden gesunken.

Ein Militärkranz aus Casablanca wurde auf der Straße Casablanca-Magasin infolge Reibens durch einen Personenautobus geschleudert. Bei dem Zusammenstoß sind die Insassen des verunglückten Wagens, ein Oberst, ein Hauptmann und die am Steuer sitzende Ordnungszugführerin schwer verletzt worden.

In Auch (Departement Gers) wurde bei Tagesanbruch der Aufruf Jura durch Fallbeil hingerichtet, der von dem Geschworenengericht von Gers im Oktober 1933 wegen Mordes an einem Diensthilfen und wegen zweier Brandstiftungen zum Tode verurteilt worden war.

Auf dem Pariser Nordbahnhof kam es Freitag früh zu Ausschreitungen von Reisenden, die über die harte Verpätung eines Vorortzuges erzürnt, eine häßliche Kundgebung veranstalteten. Der Vorortzug aus Beaumont, der vornehmlich von Büroangestellten benutzt wird, hatte 14 Minuten Verpätung, bei einer Fahrzeit für die Gesamtstrecke von eineinhalb Stunden. Die sechs aufweisenden Polizisten, die den Verkehr in der großen Halle aufrechterhalten wollten, wurden abgedrängt und dann miß-

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

Deutsche Poliklinik

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten
b) Chirurgie
c) Geburtshilfliche Klinik
d) Zahnärztliches Kabinett

Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellankronen, -Brücken, Kautschuk-Arbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Schweizerisches und deutsches
Warenlagergeschäft

Reiseartikel, Konditorei, Weine und Liköre

Produits Schmid

78, Boulevard de Strasbourg, 1, rue St. Lazare

Paris, bei Mars de l'Est

Telefon 4 Linien vereinigt unter 9072818 01-11

Doktor Wachtel und Doktor Axel

Harn-, Blau- und Hautkrankheiten

123, Bd. Sébastopol. - Sprechstunden v. 9-12 u. 2-8 Uhr; Sonntags vormittags 9-12 Uhr

Nase, Hals, Ohren:
Sprechstunden täglich von 5-7 Uhr.

Dr. Siegmund Hirsch

Allg. prakt. Arzt
Frauen- und Kinderkrankheiten

Sprechstunden:
Jeden Tag von 1-3 und 6-8 Uhr
Sonntags 8-10 Uhr

Paris (20) 92, Rue Pelleport
(gegenüber Metro Pelleport)
Métromontant 55-96. (Nachtsvisiten)

handelt. Ein Unteroffizier und drei Polizisten wurden verletzt. Vier Reisende wurden verhaftet. Ein Polizist mußte ins Krankenhaus übergeführt werden.

In Calais fanden erneut Arbeitslosenkundgebungen statt, die zu Zusammenstößen mit der Polizei führten. Zwei Demonstranten sind festgenommen worden.

Der Pariser Gemeinderat hat beschlossen, den verstorbenen Staatsmann und Wissenschaftler Paul Painlevé dadurch zu ehren, daß der Platz vor der Sorbonne künftig den Namen „Square Paul Painlevé“ tragen wird.

In der Gegend von Nancy sind Wölfe aufgetaucht. Am Freitag wurde ein Jäger, als er eine Schonung passierte, von zwei dieser Bestien eine Strecke weit verfolgt.

Die Ehefrau des Hochkapitlers Stawisky wurde gestern einem vierstündigen polizeilichen Verhör unterzogen. „Echo de Paris“ gibt das Gerücht wieder, daß Frau Stawisky

über den Verkehr ihres Mannes eingehende Angaben gemacht habe, die mehrere Politiker und Finanzleute, deren Namen bisher nicht gefallen seien, kompromittierten.

Der argentinische Außenminister Zamacois erklärte am Freitag, daß Argentinien auf die Bitte anderer Regierungen seine Bemühungen wieder aufnehmen, den Frieden im Gran-Chaco-Krieg zwischen Paraguay und Bolivien herbeizuführen. Argentinien werde diese Bemühungen mit voller Unparteilichkeit durchführen.

In einer Sitzung des christlich-sozialen Parteivorstandes in Wien herrschte allgemein der Eindruck, daß die letzte Entwicklung die gesamte christlich-soziale Bewegung gefährdet habe.

Der rumänische Ministerpräsident Tataru erklärte einem Sonderberichterstatter des „Welt Paris“, daß er gegen die Eiserne Garde mit aller Strenge vorgehen werde. Der studentischen Jugend werde künftig die Zugehörigkeit zu politischen Vereinigungen untersagt werden. Daß das Bündnis mit Frankreich das A und O der rumänischen Außenpolitik bleibe, bekräftigte der Ministerpräsident aufs Neue.

Aus Anlaß des Wiedererscheinens einer faschistischen Zeitschrift, die gestern Abend in Madrid auf der Straße verbannt wurde, gab es zahlreiche Zusammenstöße zwischen Faschisten und Marxisten. Ein Student wurde erschossen, mehrere Personen verletzt.

Der saarländische „Horst Wessel“

Nazi-Mißbrauch mit einem Toten Das Schwurgericht bringt die Wahrheit an den Tag

Saarbrücken, den 13. Januar 1934.

Es war am 25. September 1933. Auf Befehl der Nazi-Oberleitung wurde alles, was im näheren und weiteren Umkreis zur braunen Armee des Saargebietes gehörte, nach Neunkirchen beordert. Spaniol gab den diktatorischen Befehl an alle Bürgermeister des Saargebietes, halbwegs zu lagern. In Neunkirchen formierte sich ein riesiger Demonstrationzug zu einem Grab. Was war geschehen? „Der Bestien einer“ der Saarnazi, wie Spaniol sagte, war einem feigen und heimtückischen Ueberfall roter, marxischer Untermenschen zum Opfer gefallen. Alle Zeitungen waren voll davon. Durch die ganze Welt gingen Sensationsmeldungen von einem Mord. Der Sozialdemokrat Lang in Neunkirchen soll es gewesen sein, der zu nächstlicher Stunde den tapferen braunen Kämpfer Hemmer durch einen Schuß wehrlos niederstreckte. Lang selber sei an Ort und Stelle bereits durch Schüsse von Landjägern bestraft worden, die ihn schwer verwundeten.

Jetzt wurde dieser Fall, der von einer maßlosen Hegemonie ausgedeutet wurde, vor dem Saarbrücker Schwurgericht verhandelt. Lang stand unter der Anklage des Totschlages. Schon der erste Tag führte zum Zusammenbruch des ganzen nationalsozialistischen Nummern, der mit einem Toten getrieben wurde. Die Zeugen schilderten den „Horst Wessel“ des Saargebietes, der vor einem halben Jahre noch im kommunistischen Lager stand, als einen ählichen und schlecht beleuchteten Trunkenbold. Seiner Frau wollte er die Möbelstücke verkaufen, um sie in Schnaps umzuwandeln. Lang erfuhr demgegenüber eine gänzlich andere Beurteilung durch die Jungen. Ein anständiger Mensch, im Kriege schwer verwundet, für sein ganzes Leben zum Krüppel gemacht.

„Wer mit ihm Streit bekommt, muß eine Bestie von einem Menschen sein.“

hat ein Zeuge von ihm gesagt. Wie wenig freitüchtig Lang war, bezeugt ein Vorfall aus dem Beginn des Abends. Er schlug den Gesang eines gemeinsamen Liedes vor und man einigte sich darauf, um politischen Handelns zu entgehen, das

alle Volkslied „In einem schönen Wiesengrunde“ anzustimmen...

Die Beweisaufnahme entfaltete mit aller Deutlichkeit, daß es sich um eine der vielen Wirtschaftskreuzfahrten handelte, die im Saargebiet infolge der dauernden Herausforderungen der Nationalsozialisten an der Tagesordnung sind. Sie ergab unzweifelhaft, daß Lang zuerst gereizt worden war, und daß sich eine Schlägerei angeschlossen hatte, die durch den verhängnisvollen Schuß beendet wurde.

Die große Sensation des Tages aber war die Vernehmung eines bisher überhaupt nicht gehörten Augenzeugen, eines parteilosen Invaliden. Er sagte unter Eid aus, Lang mit seinem Dummeln sei von einem größeren schlankeren Manne von hinten überfallen worden. Das konnte kein anderer als Hemmer sein. Diese überraschende Aussage führte dazu, daß der Gerichtshof abends gegen 6 Uhr die Verhandlung plötzlich abbrach und eine Ortsbefichtigung beschloß. Der ganze Gerichtshof mit den in Frage kommenden Zeugen und mit dem Angeklagten sowie seinem Verteidiger Dr. Zender fuhren nach Neunkirchen.

Wir wollen der Entscheidung der Geschworenen und des Gerichts nicht vorgreifen. Sie werden auch darüber zu befinden haben, ob sich Lang in Nocheinre befand. Aber schon heute ist enthüllt, daß die saarländischen Nationalsozialisten unter Führung ihres Herrn Spaniol ihre große Reklame mit einem gänzlich untauglichen Objekt inszeniert haben.

Der Lokalkonflikt in Neunkirchen hat die Vermutung eines Notwehraktes auf Grund der Aussagen des einzigen Augenzeugen durchaus bestätigt.

Selbstverständlich war die Sicht in dem regnerischen Januarwetter nicht die gleiche wie an jenem heißen Septemberabend. Man konnte aber vom Schlafzimmersfenster des Zeugen die Umgebung beobachten und menschliche Gestalten genau erkennen.

OFFERIERT ZIGARREN

nach deutschem Geschmack

Ambassadeurs . . . Fr. 150,-, Kiste 25 Stück
Patriotas Fr. 56,25, Kiste 25 Stück
Entr'acte Fr. 18,75, Kiste 25 Stück

Obilee mit feinem Sumatra und Brasil angefertigte Zigarren sind in jedem Tabakbüro erhältlich

Pirmasens bekommt drei Bürgermeister

Der Aufbruch der Pöstchenjäger

Die „Pirmasenser Zeitung“ vom 4. Januar 1934 schreibt: „Luban wird Berufsbürgermeister. In seiner letzten Sitzung hat der Stadtrat den Beschluß gefaßt, die Stelle des bisherigen ehrenamtlichen dritten Bürgermeisters durch einen Berufsbürgermeister zu ersetzen. In der darauf vorgenommenen Wahl wurde Friedrich Luban zum dritten berufsmäßigen Bürgermeister der Stadt Pirmasens bestimmt und zwar mit allen abgegebenen Stimmen.“

Vor 9 Monaten wurde noch die Ausgabe für einen 3. Ehrenbürgermeister, der eine kleine Aufwandsentschädigung bezog, für überflüssig erklärt und mit Erfolg die Abschaffung beantragt. Ein Bürgermeister wurde für genügend bezeichnet.

Nach der Ueberwindung des „Parteiduchbeamtentums“, das angeblich früher bestanden haben soll, müssen nun zur Bekräftigung der neuen Sparmethode gleich 3 Pgs. zu beamteten Bürgermeistern gemacht werden. Hoch die Pöstchenrevolution!

Gas explodiert

Wohnhaus begräbt vier Personen

Dns. Eisen, 12. Jan. Am Freitag, kurz vor 9 Uhr, ereignete sich in der Königsstraße in Plettenberg eine Gasexplosion, die so heftig war, daß ein Wohnhaus zusammenstürzte und sofort in Flammen ausbrach. Vier Hausbewohner wurden unter den Trümmern begraben. An den Bergungsarbeiten beteiligten sich neben der Feuerwehr auch SAs und SA-Abteilungen. Bisher ist es gelungen, eine schwerverletzte Frau zu bergen und ins Krankenhaus zu bringen. Die drei übrigen Personen befinden sich noch unter den Trümmern.

Die Explosion dürfte, soweit sich bisher übersehen läßt, auf das Undichtwerden der in unmittelbarer Nähe an dem Hause vorbeiführenden Ferngasleitung zurückzuführen sein. Das Gas scheint durch die Erde in das Haus gedrungen zu sein und sich dann entzündet zu haben. Eine Explosion der Ferngasleitung selbst ist nicht erfolgt und, wie versichert wird, auch technisch unmöglich.

Zwei Tode geborgen

Plettenberg, 12. Jan. Bei dem Hauseinsturz infolge der Gasexplosion wurden außer der schwer verletzt geborgenen Frau Hoyer nun auch die Frau Selle und der Invalide Heese tot aus den Trümmern hervorgezogen. Vermißt wird noch die Tochter der Frau Selle.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann F. H. in Tübingen; für Inserate: Otto Ruden in Saarbrücken. Notationsbüro und Verlag: Verlag der Volkswirtschaft, Saarbrücken 3. Schlegelstraße 5.

SEROKLINIK VON PARIS

71, Boulevard de Clichy - Métro Blanche

Harnsteine, chronischer und akuter Tripper, Milztumor, Cysten, Prostata, FRAUENLEIDEN, Blutkrankheiten, Venenentzündung, Hämorrhoiden, Syphilis, Haut- und Kopfkrankheiten, Anämie, Porosität. - Neue Behandlungsmethoden auf elektrischem Wege und durch ultraviolette Strahlen, Strahlentherapie und Auto-Hemo-Therapie - Häufige Honorare. Konsultationen von 9-12 Uhr und 14-20 Uhr. Sonntags von 9-12 Uhr.

Deutsches Zahnärztliches Institut

14, RUE DE DOUA - Métro: Blanche, Pigalle - Tel. Trinité 16-27 - Sprechstunden: 9-12, 2-8 Uhr

Zahnen, Mundkrankheiten, Röntgen, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin, Porzellan

NEUEHEIT: PORZELLAN-KRONEN UND BRÜCKEN

Umarbeitung schlechtzuständiger Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden

SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVOSE UND HERZKRANKE

MASSIGE PREISE, UNTERSUCHUNG U. BERATUNG KOSTENLOS

Dr. Spezialiste

40, rue de Rivoli - Métro: Châtelet

RADIKALE HEILUNG VON BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden

Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität, Impulsverfahren, Trypsin, Virus-Einspritzungen

Blut- und Harn-Untersuchungen, Spermakultur, Salvarsan, Vitamin usw.

Sprechstunden täglich von 10-12 Uhr und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr

Konsultationen von 25 Fr. ab

Man spricht deutsch

BRILLANTEN . GOLD
SILBERWAREN . UHREN

BETTER, 49, FAUBOURG MONTMARTRE

MAN SPRICHT DEUTSCH

Damenschneider J. Mastchenko

1, Rue de Marché St. Honoré - Tel. Opéra 72-79

Kleider, Mäntel, Umarbeitung, Reparierung

Porte Champertel Hotel Grill-Room Berthier

73, Bd. Berthier, tel. Carnot 72-47

Möblierte Wohnungen, Aller Komfort, Badezimmer, Küche usw. Monatlich und wöchentlich. Nach Wunsch Pension Mäßige Preise, Métro Champertel, Aut. S.C. B. 9-bis, CA. BY. 53 X.

Einkauf, Verkauf u. Beratung bei allen Juwelen und Goldwaren

Wenden Sie sich an

J. WILK

41, r. de Poitiers, Ecke 41, r. Lafayette

Tele. 47-77 - Métro: Le Peletier

Feinste jüdische Selchwaeen- und Wiener Bäckerei-Geschäfte Paci

58, AVENUE WAGRAM, 1. et. Carnot 27-6

58, RUE DE PASSY, Tel. Auteuil 33-61

CHEZ KORNILOFF

PARIS-ETOILE 6, RUE D'ARMAILLE

Berühmt durch seine vorzügliche Küche u. seine Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen

Telefon: 22-47